

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Hans-Gerd Jaschke
Gewalt von rechts
vor und nach Hitler

Eike Hennig
Neonazistische Militanz
und Rechtsextremismus
unter Jugendlichen

ISSN 0479-611 X

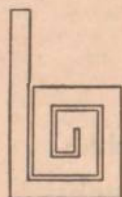
B 23/82
12. Juni 1982

Hans-Gerd Jaschke, Dr. phil., geb. 1952; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der J. W. Goethe-Universität, Frankfurt/Main.

Neuere Veröffentlichungen u. a.: Revolte von rechts. Anatomie einer neuen Jugendpresse (zus. mit P. Dudek), Frankfurt 1981; Die „Deutsche National-Zeitung“. Inhalte, Geschichte, Aktionen (zus. mit P. Dudek), München 1981; Die „neue“ rechtsextreme Jugendpresse. Politische Hintergründe und gesellschaftliche Folgen (zus. mit P. Dudek), in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43/1981; Jugend rechtsaußen. Analysen, Essays, Kritik (zus. mit P. Dudek), Bensheim 1982; Soziale Basis und soziale Funktionen des Nationalsozialismus. Studien zur Bonapartistentheorie, Opladen 1982.

Eike Hennig, Dr. phil., geb. 1943; 1975—1981 Professor für Massenkommunikationsforschung am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Frankfurt; seit September 1981 Professor für Politische Theorie unter bes. Berücksichtigung von Methodologie und Wissenschaftstheorie am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Gesamthochschule Kassel.

Veröffentlichungen u. a.: (zusammen mit Ralf Zoll) Massenmedien und Meinungsbildung, München 1970; Thesen zur deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 1933 bis 1938, Frankfurt 1973; Bürgerliche Gesellschaft und Faschismus in Deutschland, Frankfurt 1977, 1982²; Kontinuitäten zum historischen Faschismus und jugendliches Politikverhalten in der Bundesrepublik, in: Gerhard Paul, Bernhard Schoßig (Hrsg.), Jugend und Neofaschismus, Frankfurt 1979; Neofaschismus in der Bundesrepublik, in: Peter Dudek (Hrsg.), Hakenkreuz und Judenwitz, Bensheim 1980; Rechtsextremistische Karrieren von Jugendlichen in der Bundesrepublik, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Auseinandersetzung mit dem Terrorismus, Bonn 1981; Zur Einschätzung verschiedener Lernfelder: Spurensicherung und Stadtrundfahrten, in: Benno Hafener u. a. (Hrsg.), Dem Faschismus das Wasser abgraben, München 1981.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn.

Redaktion:

Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus Wippermann, Paul Lang, Holger Ehmke.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 0651/461 71, nimmt entgegen

— Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

— Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,77 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

— Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Gewalt von rechts vor und nach Hitler

Einleitung

Die in den letzten Jahren ansteigende Bereitschaft von Rechtsextremisten, offene Gewalt als politisches Mittel anzuwenden, beunruhigt die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik. Es sind jedoch weniger die jährlich erscheinenden Verfassungsschutzberichte des Bundes und der Länder, journalistische Hintergrundberichte und sozialwissenschaftliche Analysen, sondern vielmehr spektakuläre Ereignisse kriminellen Zuschnitts, welche das öffentliche Interesse beschäftigen: Der Bombenanschlag auf das Münchener Oktoberfest im Herbst 1980, mutmaßlich von einem Sympathisanten der verbotenen Wehrsportgruppe Hoffmann verübt, die Schießerei an der Schweizer Grenze Ende desselben Jahres, als der 23 jährige Neonazi Frank Schubert Selbstmord beging, nachdem er zwei Schweizer Grenzbeamte getötet hatte, Anschläge von „Deutschen Aktionsgruppen“ auf Ausländer- und Asylantenwohnheime und Waffenfunde in der Lüneburger Heide mit anschließender Selbsttötung des Hauptbeschuldigten stellen einige Höhepunkte dieser Entwicklung in den vergangenen Jahren dar. Die am stärksten auf offene Gewaltbereitschaft ausgerichtete Organisation dieses politischen Lagers, die „Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit“ (VSBd/PdA) ist Ende Januar 1982 einschließlich ihrer Jugendorganisation „Junge Front“ vom Bundesinnenminister verboten worden, unter anderem deshalb, weil — so eine Erklärung des Ministeriums — „ihre Aktivitäten nicht länger hingenommen werden (konnten), um so mehr, als sie durch eine zunehmend militante Haltung im rechtsextremistischen Lager eine Signal- und Sogwirkung ausübt“¹⁾.

Die jüngsten Eskalationen manifester politischer Gewaltanwendung sind nicht beschränkt auf die Bundesrepublik: In durchaus unterschiedlichen Darstellungsformen ist vor

allem Italien, wo Teile des rechten Protestpotentials eine — wie der Bombenanschlag auf den Bahnhof in Bologna im August 1980 unterstreicht — den roten Brigaden verwandte Strategie des Terrorismus anwenden, davon betroffen. In Spanien läßt die Besetzung des Parlaments mit Waffengewalt im Februar 1981 auf ungebrochene Traditionen der Franco-Herrschaft in Kreisen des Militärs schließen. Auf den ersten Blick ganz anders, wenn auch nicht weniger besorgniserregend, verläuft die Entwicklung in England, wo das Immigrantentproblem verschiedene Formen rassistischen Terrors gegen farbige Einwanderer hervorgebracht hat. In einer vom britischen Innenminister Whitelaw im November 1981 herausgegebenen Studie über politische Gewalttaten aus rassistischen Gründen wird darauf hingewiesen, daß die Mehrzahl der Gewalttäter von rechtsextremen Ideen und Organisationen beeinflusst, jedoch nicht Mitglied in derartigen Vereinigungen ist²⁾.

Damit ist auf ein Kernproblem der stichwortartig skizzierten Entwicklungen verwiesen: Es handelt sich hierbei um *Eskalationen* einer rechtsextremen Militanz, die in ihrer sozialen Basis und ihren potentiellen Resonanzfeldern weit über die bloße Mitgliedschaft in Parteien und sonstigen Vereinigungen hinausgeht und tieferliegende politische, gesellschaftliche und historische Ursachen hat. Die angesprochenen Vorfälle sind in einer bestimmten Weise die „Spitze eines Eisbergs“, die darunterliegenden Konturen sind nur wenig bekannt. Ihnen ist politisch sehr viel schwerer zu begegnen als den offenen und sichtbaren kriminellen Gesetzesverstößen. Seit 1976 gibt es einen Informations- und Planungsaustausch zwischen den EG-Staaten, der die internationale Bekämpfung des Terrorismus unter ausdrücklicher Einbeziehung auch des Terrorismus von

¹⁾ Frankfurter Rundschau vom 28. 1. 1982, S. 4. Vgl. zu den organisationsgeschichtlichen Hintergründen: Die Volkssozialistische Bewegung Deutschlands — Sammelbecken militanter Rechtsradikaler, hrsg. vom Pressedienst Demokratische Initiative, PDI-Sonderheft 17, München, November 1981.

²⁾ Racial Attacks. Report of a Home Office Study, London 1981, S. 23 f. Vgl. zu dieser Schrift und zur Faschismuskritik in England Franz Greß/Hans-Gerd Jaschke, Neuere Tendenzen der Faschismusanalyse im deutschen und englischsprachigen Bereich. Ein Überblick, in: Neue Politische Literatur Nr. 1/1982.

rechts erleichtern soll³⁾. Auf der Ebene der multilateralen politischen Koordination sind damit Konsequenzen gezogen worden, welche darauf hinauslaufen, künftige Eskalationen einzudämmen, die aber als solche nicht geeignet sind, strukturell bedingte Ursachen wirksam zu erkennen und zu bekämpfen.

Die folgenden Bemerkungen gehen davon aus, daß der gebräuchliche Terminus eines „Terrorismus“ von rechts, nicht nur durch die begriffliche Anspielung auf das Pendant von links, in seiner *analytischen* Qualität, d. h. in der Fähigkeit, reale Erscheinungen begrifflich möglichst genau zu erfassen, problematisiert werden muß, denn er unterstellt eine durch Analogien zum Linksterrorismus hergestellte *Qualität* offenen Protests von rechts, die in dieser analogischen Vereinfachung nicht aufgeht. Seine Einführung in den öffentlichen Sprachgebrauch ist ganz wesentlich durch ein Urteil des Bundesgerichtshofes beschleunigt und legitimiert worden: Im November 1979 entschied das Gericht in einem Grundsatzurteil, daß im Falle des Neonazi Michael Kühnen eine Anklage der Bundesanwaltschaft wegen Zugehörigkeit zu einer kriminellen oder terroristischen Vereinigung aufgrund bloßer Mitgliedschaft zulässig ist⁴⁾. Auf der Ebene der Strafverfolgung war damit, ebenso wie schon zuvor auf der des internationalen Informations- und Planungsaustauschs, eine Gleichbehandlung „rechter“ mit „linken“ Terroristen legitimiert. Zugleich ist damit aber auch eine problematische Verlängerung von strafrechtlich relevanten Interpretationen im Sinne einer Gleichbehandlung der Terroristen von links und rechts auf die Ebene von Alltagswahrnehmungen und -deutungsmustern ab-

³⁾ Am 25. 11. 1981 erklärte der parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, v. Schoeler, in der Fragestunde des Bundestages u. a.: „Zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus besteht seit 1976 auf Ministeriebene zwischen den 10 EG-Staaten ein regelmäßiger und enger Informations- und Planungsaustausch: TREVI. Wesentlich auf die Initiative der deutschen Seite ist zurückzuführen, daß sich TREVI zunehmend auch mit dem Rechtsterrorismus beschäftigt. Dies ist insbesondere in der am 8. Dezember dieses Jahres stattfindenden Ministertagung vorgesehen. Die Intensivierung der internationalen Kontakte und Bewegungen von Rechtsextremisten waren ständig Gegenstand eines umfassenden Informationsaustausches zwischen dem Bundesamt für Verfassungsschutz und befreundeten Diensten. In mehreren Fällen wurden Maßnahmen nach dem Paß- bzw. Personalausweisgesetz zur Verhinderung der Ausreise bekannter deutscher Rechtsextremisten eingeleitet.“ (Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 66. Sitzung, Plenarprotokoll 9/66, S. 3844.)

⁴⁾ Vgl. Frankfurter Rundschau v. 23. 11. 1979.

sehbar. Mit dieser eigentümlichen Aufwertung der Gewalt von rechts zeichnet sich aber auch eine Verzerrung politischer Sachverhalte ab: Nicht die offen sichtbare, spektakuläre kriminelle Aktion ist eine Gefahr für die Demokratie, sondern die dahinterliegenden soziokulturellen Milieus sowie historische Strukturen und Antriebskräfte. Nicht nur die vereinzelt, in den Massenmedien geradezu unzulässig aufgewerteten kriminellen Gewalttaten verlangen nach Gegenwehr, sondern auch diejenigen gesellschaftlichen Bedingungen bedürfen verstärkter Aufmerksamkeit, die dies erst zulassen oder gar stimulieren.

Der Begriff „Rechtsterrorismus“ ist also neueren Datums, nicht aber der Terror von rechts. Davon ausgehend skizzieren die folgenden Ausführungen verschiedene historische Stadien und Kontinuitäten in der Entwicklung rechtsextremer Gewaltanwendung, um so verschiedene Strategien und Aktionsformen, aber auch zugrundeliegende politische und gesellschaftliche Ursachen wenigstens in Umrissen zu rekonstruieren. Das Ziel ist nicht eine umfassende Sozialgeschichte der Gewalt von rechts, sondern der exemplarische Nachweis verschiedenartiger Organisationsprinzipien, in denen sich die Preisgabe demokratischer Spielregeln abbildet und die somit als Fundament für theoretische Betrachtungen angesehen werden müssen. Ein daran anschließender Überblick über theoretische Erklärungsansätze soll über die wesentlichen, gegenwärtig in der Rechtsextremismusforschung diskutierten Fragestellungen und Untersuchungsperspektiven orientieren. Eine zentrale Ausgangsüberlegung ist die Annahme, daß Erscheinungsformen der zeitgenössischen rechtsextremen Militanz historischen Vorbildern folgen, ohne deren Kenntnis eine abgewogene Beurteilung aktueller Vorgänge nicht möglich ist. Rechtsextremismus in unseren Tagen ist vor allem ein Problem der politischen Kultur und das heißt: sehr viel stärker traditionsgebunden, als dies gemeinhin angenommen wird.

Es gibt, so scheint es, Konjunkturen der Gewalt von rechts, Phasen gesellschaftlicher Entwicklung, wo dieses Problem zunimmt, und andere, wo es weniger virulent ist. Dies führt zu der Ausgangsfrage des abschließenden Ausblicks: Ist rechtsextreme Militanz Resultat und Begleiterscheinung besonderer historischer Umstände oder ein quasi-normaler Defekt westlicher demokratisch verfaßter politischer Systeme? Handelt es sich um eine Tatsache, mit der wir leben müssen, um ein im ei-

gentlichen Wortsinn nicht „lösbares“ Strukturproblem, oder geht es um eine reale, ja bedrohliche Gefahr, die entsprechende Gegenstrategien erfordert?

Die nachfolgenden Ausführungen plädieren für eine Neubetrachtung des Terrorismus-Problems: Eine angemessene Sichtweise muß stärker als bisher das objektive Wechselspiel von Politik, Massenmedien, Reaktionen der Bevölkerung und rechtsextremen Gruppen berücksichtigen. Es bleibt noch darauf hinzuweisen, daß eine einleitende Begriffsbestim-

mung (was ist zu verstehen unter „Extremismus“, „Terrorismus“, „Militanz“, „Gewalt“) nicht nur unter dem pragmatischen Aspekt eines beschränkten Umfangs nicht durchgeführt wird, sondern vor allem deshalb, weil diese Begriffe durch formale Definitionen nur schwer zu klären sind. Die Übergänge von extremen Einstellungen, durchgeführten politisch-kriminellen Handlungen und Terrorismus sind in Wirklichkeit fließend, so daß eine Bestimmung des Gewaltcharakters politischen Handelns der Darstellung und Analyse konkreter Vorfälle selbst vorbehalten ist.

I. Historische Stadien des Terrorismus von rechts in Deutschland — Ein Überblick

1. Attentate, Putschismus und „Kampf um die Straße“ in der Weimarer Republik

Die erste deutsche Demokratie war von Anfang an bedroht von den Feinden der Demokratie. Bis auf die Jahre der relativen ökonomischen Stabilisierung (1924—1928) gab es ständig auch mit militanten Mitteln vorgetragene Angriffe auf die Republik. Mit einem Begriff der modernen Politikwissenschaft würde man sagen, sie hatte ganz erhebliche „Legitimitätsdefizite“. Maßgeblich dafür waren vor allem die relativ ungebrochene Kontinuität autoritär-obrigkeitsstaatlicher Ordnungsvorstellungen des Kaiserreichs in den Institutionen des Staates selbst, d. h.: einer demokratischen Staatsverfassung, Ergebnis der nicht zu Ende geführten Revolution von 1918/19, stand ein nicht-demokratischer politisch-gesellschaftlicher Unterbau gegenüber: „Die Klassen der Republik waren die Klassen des Kaiserreichs, so wie zuletzt der Krieg sie getönt hatte. Die Revolution hatte die politische Ordnung verändert, nicht die Gesellschaft.“⁵⁾

Der Strukturfehler der Weimarer Republik wurde überlagert und zugleich verschlimmert durch die Folgen des Krieges: Reparationen und eine „verlorene“ Frontkämpfergeneration, die nur zu einem Teil in den republikanischen Grundkonsens sich einfügen konnte⁶⁾, waren

die Ausgangsbedingungen für gewalttätige Versuche von rechts zur Liquidation der Republik. Ihre Organisationsprinzipien lassen sich anhand von vier Begriffen erläutern: Verschwörung, politische Attentate und Putschismus, getragen von antisemitischen, militärisch-männerbündischen Verbänden, beherrschten die Anfangsjahre der Weimarer Republik (bis 1924). „Kampf um die Straße“ im Zuge der sich formierenden NS-Massenbewegung war das Organisationsprinzip der Gewalt von rechts in den letzten Jahren der Republik (1930 bis 1933).

Allein im Zeitraum zwischen Januar 1919 und Juni 1922, als die Republik bereits ihr sechstes Kabinett erlebte (Wirth, Zentrumspartei), sind 354 politische Morde von rechts präzise dokumentiert⁷⁾. Nachdem 1919 führende Köpfe der sozialistischen Linken durch Mörderhand gefallen waren (u. a. Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Kurt Eisner), setzte ab 1921 eine Serie von Attentaten ein, die der aus ehemaligen Frontkämpfern gebildeten „Brigade Ehrhardt“ und ihrem halblegalen Nachfolgeverband „Organisation Consul“ zuzuschreiben sind.

Die Brigade Ehrhardt war erstmals in Erscheinung getreten im März 1920, als sie in Berlin einmarschierte und dem Kapp-Putsch militäri-

⁵⁾ Golo Mann, Deutsche Geschichte 1919—1945, Frankfurt 1968, S. 22.

⁶⁾ Die Stimmungslage der ehemaligen Frontkämpfer, deren Wertorientierungen durch die Niederlage und die Bedingungen des Versailler Vertrages brüchig wurden, läßt sich anschaulich nachvollziehen anhand autobiographischer Selbstzeugnisse. Hinzuweisen ist z. B. auf den autobiographischen Roman „Die Geächteten“ von Ernst v. Salomon, Berlin 1933.

⁷⁾ Vgl. die tabellarische Übersicht bei Emil Julius Gumbel, Vier Jahre politischer Mord, Berlin 1922, S. 73 ff. (zit. nach der 1980 im Verlag Das Wunderhorn, Heidelberg, wiederaufgelegten Ausgabe). Für den gleichen Zeitraum dokumentiert Gumbel 22 Morde von links, die von den Justizbehörden ganz erheblich härter geahndet wurden. Zum Verhalten der Justiz in politischen Angelegenheiten im Gesamtzeitraum der Weimarer Republik vgl. H. und E. Hannover, Politische Justiz 1918—1933. Mit einer Einleitung von K. D. Bracher, Frankfurt 1966.

schen Begleitschutz gab. Nach der Auflösung der Brigade und ihrer geheimbündlerischen Reformierung als „Organisation Consul“ ist sie mitverantwortlich für eine Serie politischer Morde⁸⁾. Der USP-Abgeordnete Gareis wurde im Juni 1921 nachts vor seinem Haus erschossen, nur wenige Wochen später, im August, wurde der Zentrumsabgeordnete Mathias Erzberger bei einem Spaziergang von zwei Männern überfallen und erschossen.

Beide Politiker galten in nationalistischen Kreisen als „Vaterlandsverräter“. Gareis, weil er im Bayerischen Landtag entschieden gegen die geheimen Waffenlager der Einwohnerwehren aufgetreten war und einen Untersuchungsausschuß zur Aufklärung der politischen Morde gefordert hatte, Erzberger, weil er für die bedingungslose Annahme des Versailler Friedensvertrages einschließlich der Reparationsverpflichtungen eingetreten war. Ähnliche Motive, die noch zusätzlich bestärkt wurden durch eine antisemitische Hetzpropaganda gegen den „Erfüllungspolitiker“ Walther Rathenau, bewirkten das Attentat auf den jüdischen Außenminister im Juni 1922, der auf der Fahrt ins Amt erschossen wurde. Nur wenige Tage zuvor war ein Blausäureattentat auf den sozialdemokratischen ersten Reichsministerpräsidenten Scheidemann knapp gescheitert.

Die oben erwähnte „Organisation Consul“ war nicht nur für die hier geschilderten Fälle verantwortlich. „Die Marinebrigade Ehrhardt, die er im Anschluß an die Revolutionskämpfe in den Garnisonen der Wasserkante zusammengestellt hat, gilt jahrelang als eine der bestdisziplinierten Truppen, ihr Führer als Condottiere großen Stils“, bemerkt Ernst Ottwalt 1932⁹⁾. In ihrem politischen Selbstverständnis als paramilitärische Eingreifreserve „bei roten Aufständen“ und „antinationalen Veranstaltungen“, dem Ziel der „Erhaltung der Wehrfähigkeit und Erziehung der Jugend zum Waffengebrauch“¹⁰⁾, im Führerprinzip und in ihrer rechtsextremen Ideologie sind aus heutiger Sicht deutliche organisationssoziologische Parallelen zur verbotenen „Wehrsportgruppe Hoffmann“ erkennbar. Im Gegensatz zu dieser

konnte jedoch die Brigade Ehrhardt und ihre Nachfolgeorganisation mit einer breiten publizistischen Unterstützung „nationaler“ Kreise ebenso rechnen wie mit einer relativ milden Behandlung durch die Justiz. Auch in bürgerlichen Kreisen und bei Polizeibehörden gab es Tendenzen unverhohlener Sympathien und aktiver Unterstützung für die politische Kriminalität von rechts¹¹⁾. „Kein Wunder, daß die Justiz in solcher Atmosphäre und z.T. auch unter dem Druck staatlicher Stellen diese Auffassungen durch milde Urteile oder gar Freisprüche sanktionierte, was angesichts der überaus harten Rechtsprechung gegen die ‚Landesverräter‘ von links, deren publizistische Enthüllungen über die illegale Aufrüstung durchaus dem positiven Recht entsprachen, als offene Parteilichkeit wirkte. Aus diesen Gründen war auch die politische Kriminalität der Kommunisten keine allgemeine Gefahr; sie fand in Deutschland nirgendwo außerhalb ihres Urheberkreises Unterstützung, weder moralisch noch finanziell, und wurde von der Justiz unnachdsichtig verfolgt und bestraft.“¹²⁾

Die Tatsache, daß „der politische Mord in Deutschland unter den sozial wie politisch verwahrlosten jungen Leuten der Rechten, der ‚Frontgeneration‘ heimisch geworden war“¹³⁾ ist zugleich Resultat und Stimulans einer politischen Kultur von rechts, welche die Demokratie zutiefst ablehnte. Rechte Terrororganisationen und Geheimbünde waren nur deren politisch sehr folgenreiche Ausdrucksformen. Die Brigade Ehrhardt und die Organisation Consul waren weder gesellschaftspolitisch isoliert noch als Organisation vereinzelt: Bereits für die Ermordung des bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner im Februar 1919 war eine rechtsradikale Geheimgesellschaft mitverantwortlich, die „Thule-Gesellschaft“ der damals auch u. a. die späteren NS-Funktionäre Rosenberg und Hess angehörten¹⁴⁾.

Putschversuche von rechts als offener und direkter Versuch, die Regierung zu stürzen, waren im geschilderten Kontext die folgerichtige Variante und Konsequenz rechtsextremer Gewaltbereitschaft. Auf den Kapp-Putsch im März 1920 folgten einige weitere Umsturzver-

⁸⁾ Vgl. zum folgenden H. und E. Hannover, a. a. O., S. 105 ff., und Gumbel, a. a. O., S. 64 ff.

⁹⁾ Ernst Ottwalt, Deutschland erwache! Geschichte des Nationalsozialismus, Berlin 1975 (zuerst 1932), S. 140.

¹⁰⁾ Zit. nach den Statuten, vgl. Emil Julius Gumbel, Verschwörer. Zur Geschichte und Soziologie der deutschen nationalistischen Geheimbünde 1918—1924, Wien 1924, S. 78 (zit. nach der 1979 im Verlag Das Wunderhorn, Heidelberg, wiederaufgelegten Ausgabe).

¹¹⁾ Zahlreiche Nachweise bei Wolfgang Sauer, Die Mobilmachung der Gewalt, Frankfurt/Berlin/Wien 1974, S. 230 ff.

¹²⁾ Ebd., S. 231.

¹³⁾ Helmut Heiber, Die Republik von Weimar, München 1976³, S. 110.

¹⁴⁾ Vgl. Werner Maser, Der Sturm auf die Republik. Frühgeschichte der NSDAP, Frankfurt/Berlin/Wien 1980, S. 25 ff.

suche kleinerer rechtsgerichteter Gruppierungen. Hervorzuheben sind vor allem der Aufstand der illegalen „Schwarzen Reichswehr“, ein Zusammenschluß ehemaliger Frontkämpfer, die keine Aufnahme in der auf 100 000 Mann reduzierten Reichswehr gefunden hatten, im Oktober 1923 und der „Hitler-Putsch“ im November desselben Jahres in München.

Die NSDAP, vor 1930 als Partei und soziale Bewegung relativ unbedeutend, war von Anbeginn an in gewalttätige Versuche zur Beseitigung der Republik verstrickt. Die legalisierten Greuelthaten und Massaker des Dritten Reiches haben ihre historischen Wurzeln in der durch Attentate und Geheimbündelei gesellschaftlich deklassierter ehemaliger Frontkämpfer geprägten Kultur des politischen Mordes in den Anfangsjahren der Republik und — organisationsgeschichtlich — in der Gründung der SA 1920/21. Ursprünglich als Saalschutz bei politischen Veranstaltungen gedacht, entwickelte sie sich bis zu ihrer gewaltsamen Zerschlagung im Juli 1934 nicht nur zum kämpferischen „linken“ Teil der NS-Massenbewegung, sondern auch zum militanten, nicht immer durch die Parteileitung kontrollierbaren Terrorinstrument der NSDAP in ihrer „Kampfzeit“ vor 1933.

Das erste größere öffentliche Auftreten der SA als militante Formation außerhalb Münchens war der 1922 von den „Vaterländischen Verbänden“ veranstaltete „Deutsche Tag“ in Coburg¹⁵⁾. Die als Begleitung Hitlers angereisten 800 SA-Leute mißachteten das Verbot, in geschlossenen Formationen durch die Stadt zu ziehen, provozierten Schlägereien mit den Polizeikräften und verließen die Stadt als „Sieger“ einen Tag später. Ähnliche Erscheinungsbilder der SA als politisches Rollkommando gegen die Behörden und die deklarierten politischen Gegner, vornehmlich Kommunisten, haben sich bis 1933 unzählige Male wiederholt; der „Handlungsspielraum“ ging dabei bis hin zum brutalen Fememord¹⁶⁾. Es ist hier nicht möglich, dem NS-Terror vor 1933 sozialhistorisch en détail weiter nachzugehen. Stattdessen sollen einige Überlegungen zur Funktion der permanenten rechtsextremen Militanz innerhalb der NSDAP vor 1933 angestellt werden¹⁷⁾.

¹⁵⁾ Vgl. dazu ebd., S. 357ff.

¹⁶⁾ Vgl. als Beispiel: Richard Bessel, *The Potempa Murder*, in: *Central European History* 3/1977, S. 241—254.

¹⁷⁾ Vgl. zum folgenden Hans-Gerd Jaschke, *Soziale Basis und soziale Funktion des Nationalsozialismus. Studien zur Bonapartismustheorie*, Opladen 1982, bes. S. 169—244.

Die Funktion der Militanz kann differenziert werden in einen parteiinternen Wirkungsbereich und einen externen, öffentlichen. Intern entspricht der Terror den Ideologien und der Programmatik der NSDAP: Kampf *gegen* die „Vaterlandsverräter“ und „Erfüllungspolitiker“ des Bürgertums und der SPD, die durch die Anerkennung des Versailler Vertrages deutschen Interessen zuwiderhandeln, Kampf aber auch *gegen* das angebliche jüdisch-bolschewistische Finanzkapital und den Marxismus und zugleich *für* das „Dritte Reich“. Stärker als andere Gruppierungen hat es die NSDAP vermocht, Utopien und quasi-religiöse Erlösungserwartungen als tragende Momente in die politische Aktion einzubeziehen und als Movers ihrer Anhängerschaft in politisches Handeln umzusetzen. Intern entspricht der Terror darüber hinaus aber auch den psycho-physischen Bedürfnissen ihrer aktiven Anhänger: Frontkämpfermentalität und Freikorpsgeist¹⁸⁾ verlangten im Zusammenspiel mit der NS-Programmatik den „politischen Soldaten“¹⁹⁾, der sich bedingungslos für die Sache einsetzt und bereit ist, dafür Opfer zu bringen (nicht zufällig hat der Begriff „Opfer“ religiöse Hintergründe). Es verwundert daher nicht, daß bei „alten Kämpfern“ der NSDAP eine Interpretation bzw. ein rückblickendes Selbstverständnis als „politische Abenteurer“ nachgewiesen ist²⁰⁾. Beides, „politischer Soldat“ und „alter Kämpfer“, fällt zusammen in der Person des SA-Mannes Horst Wessel, der nach seiner Ermordung durch Kommunisten im Februar 1930 zunächst zum identitätsstiftenden Märtyrer der „Bewegung“, nach 1933 dann zum Gegenstand eines regelrechten Horst-Wessel-Kults gemacht wurde²¹⁾.

¹⁸⁾ Vgl. aus psychoanalytischer Sicht die Auswertung von Selbstzeugnissen der Freikorps bei Klaus Theweleit, *Männerphantasien* (2 Bde.) Reinbek 1980, vor allem Bd. 2: *Männerkörper — Zur Psychoanalyse des weißen Terrors*.

¹⁹⁾ Dieser Begriff ist von dem konservativen Staatsrechtler Carl Schmitt begründet worden und bezeichnet eine politische Ethik, welche Militanz gegen den politischen Feind zuläßt, nicht aber gegen den persönlichen; vgl. Carl Schmitt, *Der Begriff des Politischen*, München 1932, passim.

²⁰⁾ Vgl. Werner Heinz/Otto Martens, *Ich bin immer ein Rebell gewesen. Porträt eines alten Kämpfers*, in: *Terror und Hoffnung in Deutschland 1933—1945. Leben im Faschismus*, hrsg. von J. Beck u. a., Reinbek 1980, S. 33—78; Chr. Schmidt, *Zu den Motiven „alter Kämpfer“ in der NSDAP*, in: *Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus*, hrsg. von D. Peukert und J. Reulecke, Wuppertal 1981, S. 21—44.

²¹⁾ Vgl. dazu die Diskussion des Horst-Wessel-Mythos an einem filmischen Beispiel: Martin Loiperdinger, *„Hans Westmar“: Faschistische und*

Die *externe* Funktion des Terrors vor 1933 bestand vor allem in dem Nachweis der Durchschlagskraft des Nationalsozialismus als politischer Massenbewegung. Er hat in einem heute nur mehr schwer vorstellbaren Ausmaß politischer Kriminalität von rechts nach 1918 wesentlich dazu beigetragen, die Dynamik der Massenbewegung herzustellen und nach außen Stärke und Durchsetzungsvermögen zu demonstrieren. Diese Dynamik war fähig, die labilen Abwehrmechanismen des (zumindest bis 1930) demokratisch verfaßten Rechtsstaates bloßzustellen und ihn schließlich im Bündnis mit rechtskonservativen Eliten zu zerstören.

2. Gewalt von rechts in der Bundesrepublik: Stufen der Radikalisierung

Nach 1945 war der Nationalsozialismus als Herrschaftssystem zerschlagen, nicht aber rechtsextreme Ideologien und organisatorische Bestrebungen, an die NS-Tradition anzuknüpfen. Obwohl der Neonazismus stigmatisiert und ins politisch-gesellschaftliche Abseits gedrängt wurde, gibt es nach 1945 eine bemerkenswerte organisationsgeschichtliche und ideologische Kontinuität²²⁾. Sie rechtfertigt die kontinuierlich-perspektivische These Harry Pross', derzufolge das Dritte Reich nicht als monolithischer Block zu behandeln ist, sondern als etwas, „das mit tausend Fasern mit dem Vorher und dem Nachher verbunden ist“²³⁾. Die kollektive Erfahrung des Rechtsextremismus als institutionalisiertem System des Terrors nach innen und außen hat nach 1945 im Kontext von Bemühungen um Aufarbeitung der Vergangenheit dazu geführt, daß — im Gegensatz zur Weimarer Republik —

kommunistische Öffentlichkeit kämpfen um den Besitz der Straße, in: *Kino-Faschismus*, hrsg. von Eike Hennig, Berlin 1982 (im Druck).

²²⁾ Ideologische Kontinuitäten werden regelmäßig z. B. durch Meinungsumfragen zutage gefördert, vgl. zuletzt: 5 Millionen Deutsche: „Wir sollten wieder einen Führer haben ...“. Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen, Reinbek 1981. Alphons Silbermann, *Sind wir Antisemiten? Ausmaß und Wirkung eines sozialen Vorurteils in der Bundesrepublik Deutschland*, Köln 1982. Zur organisationsgeschichtlichen Kontinuität bis Anfang der sechziger Jahre vgl. das voluminöse, bis heute nicht ins Deutsche übersetzte und in der Fachliteratur viel zu wenig rezipierte Werk von Kurt P. Tauber, *Beyond Eagle and Swastika. German Nationalism Since 1945*, 2 Bde., Middletown 1967. Für den Gesamtzeitraum nach 1945 vgl. die chronologische Zusammenstellung in: *Rechtsradikalismus: Randerscheinung oder Renaissance?*, hrsg. von Wolfgang Benz, Frankfurt 1980, S. 239—268.

Gewaltbereitschaft von rechts in ihrer gesamten Wirkungsbreite auf diese Erfahrungen bezogen werden mußte, wobei der internationale Druck der Siegermächte diese Tendenz noch verstärkte. Insofern können wir von einer nach dem Zweiten Weltkrieg wirksamen *Nicht-Hintergebarkeit* des Dritten Reiches sprechen, oder, anders formuliert: alle öffentlich bekannten rechtsextremen Vorfälle werden bei ihrer Bearbeitung durch Massenmedien, Schulen, Parteien, Verbände und Behörden auf die Erfahrung des Dritten Reiches rückprojiziert und von diesen Erfahrungen her interpretiert.

Die Formen rechtsextremer Militanz nach 1945 sind nicht ohne die Berücksichtigung dieses institutionell eingeführten und in der politischen Kultur der Bundesrepublik fest verankerten Blickwinkels verstehbar, denn: die sich häufende Form des provokativen Terrors ist eine spezifische Regelverletzung, indem sie auf einen Grundkonsens, der durch eine hohe politische Sensibilität gekennzeichnet ist, abzielt. Es hat sich dabei gezeigt, daß das politische System der Bundesrepublik zu „Überreaktionen“ bei Vorfällen mit rechtsextremem Hintergrund tendiert. Auf der anderen Seite sind Anknüpfungspunkte der Täter an die historischen Vorbilder in der Weimarer Republik unverkennbar.

Fallbeispiel 1: Hintergründe der antisemitischen Ausschreitungen 1959/60

Am 16. Januar 1960 wandte sich Bundeskanzler Adenauer über den Rundfunk und das Fernsehen mit einer Erklärung zu den antisemitischen Ausschreitungen um die Jahreswende 1959/60 an die bundesdeutsche Bevölkerung. Aus dem gleichen Anlaß hat nur wenige Wochen später die Bundesregierung ein Weißbuch herausgegeben, das Bundesinnenminister Gerhard Schröder in der Bundestagsdebatte am 18. Februar 1960 erläutert hat²⁴⁾. Welches waren die Ereignisse und Hintergründe, die einen derart hohen Aufmerksamkeitswert bewirkten? In der Weihnachtsnacht 1959 wurden in Köln ein Gedenkstein für die Opfer des Nationalsozialismus und die Synagoge mit Lackfarbe beschmiert²⁵⁾. Die

²³⁾ Harry Pross, *Vor und nach Hitler*, Freiburg 1962, S. 144.

²⁴⁾ Die antisemitischen und nazistischen Vorfälle. Weißbuch und Erklärung der Bundesregierung. Herausgegeben von der Bundesregierung, Bonn 1960. Darin finden sich sowohl Adenauers wie Schröders Erklärungen (S. 5 ff. bzw. S. 621.).

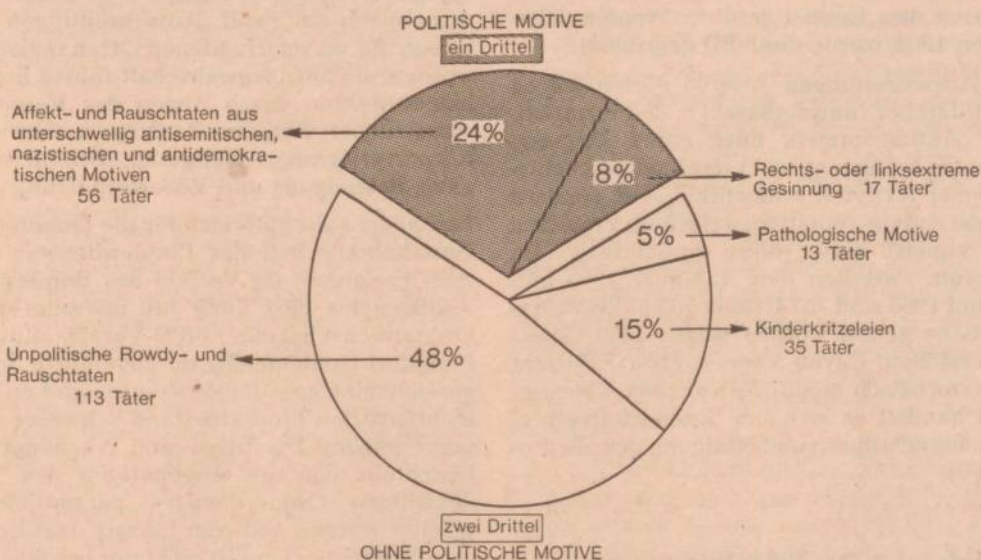
²⁵⁾ Zum folgenden vgl. ebd.

beiden 25jährigen Täter waren Mitglieder der rechtsextremen Deutschen Reichspartei (DRP). Das Landgericht Köln, das sie zu 14 bzw. 10 Monaten Gefängnis verurteilte, sprach in der Urteilsbegründung von „Wirkköpfen“ und „psychopathischer“ bzw. „primitiver geistiger Veranlagung“²⁶⁾.

Die Kölner Ereignisse bewirkten eine militante Kettenreaktion des rechtsextremen Lagers in der Bundesrepublik²⁷⁾: Bis zum 28. Ja-

gen, neonazistischen Äußerungen in der Öffentlichkeit, Verteilen von Flugblättern usw. Obwohl der Aussagewert der im Weißbuch verwendeten Kategorien schwach und ihre sozialwissenschaftliche Brauchbarkeit dadurch eingeschränkt ist²⁸⁾, genügt für unseren Zusammenhang der Hinweis, daß hier die Art der rechtsextremen Militanz grundlegend verschieden ist von den dominierenden Spielarten in der Weimarer Republik. Es handelt sich durchweg nicht um zielgerichtet-geplante und

Die Tatmotive von 234 Urhebern antisemitischer und nazistischer Vorfälle im Bundesgebiet



(Quelle: Weißbuch der Bundesregierung, a. a. O., S. 49)

nuar 1960 wurden 470 Aktionen registriert. Bemerkenswert ist die Art der Straftaten und darüber hinaus die im Weißbuch der Bundesregierung genannten Tatmotive. 48 von 470 Fällen sind objektgerichtet (z. B. Friedhofs- und Denkmalschändungen), 66 gegen Einzelpersonen (überwiegend nicht körperlich gewaltsam, sondern in der Form von Beleidigungen, anonymen Briefen, Telefonanrufen usw.). Die übrigen Fälle konzentrieren sich auf Schmieraktionen an öffentlichen Einrichtun-

gen, strategisch durchdachte terroristische Aktionen. Das bei den Attentaten und Putschversuchen nach 1918 sichtbare Ausmaß an Brutalität tritt hier zurück zugunsten *provokativer Motive*, die sich gegen einen im Gegensatz zur Weimarer Republik ungleich sensibler behandelten politisch-moralischen Grundkonsens richteten.

Für die Kettenreaktionen nach der Kölner Synagogen-Schändung liegt eine Erklärung

²⁶⁾ Ebd., S. 35.

²⁷⁾ Von einer „Kettenreaktion“ muß deshalb gesprochen werden, weil die Zahl der registrierten Ausschreitungen vor und nach der Jahreswende 1959/60 erheblich niedriger ist; vgl. die tabellarische Übersicht in: Erfahrungen aus der Beobachtung und Abwehr rechtsradikaler und antisemitischer Tendenzen 1961, hrsg. vom Bundesminister des Innern, Bonn 1962, S. 17.

²⁸⁾ Der auf den ersten Blick banale Hinweis auf das Erscheinungsdatum des Weißbuchs (Ende Januar 1960) erweist sich bei genauerem Hinsehen als aufschlußreich: Die angeführten „Tatmotive“ sind in einem Untersuchungszeitraum von nur rund 5 Wochen erstellt worden, konnten also nicht auf gründlicher soziologischer Lebenslauf-Analyse unter Einbeziehung sozialer Milieus beruhen, sondern auf „einfacher“ Befragung der Täter.

nahe, die sich auf den Ende der fünfziger Jahre erreichten Entwicklungsstand des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik bezieht. Der vor allem durch rigide Verbotspolitik nach dem Verbot der neonazistischen Sozialistischen Reichspartei (SRP) 1952 erreichte Grad an politischer Ausgrenzung und Gettoisierung hatte Ende der fünfziger Jahre zu subkulturellen Erscheinungen und Lagermentalitäten geführt²⁹⁾. In dieser Situation mußte die große öffentliche Resonanz der individuellen Kölner Vorfälle³⁰⁾ aus der Sicht des „Lagers“ als willkommener Anlaß aufgefaßt werden, durch weitere provokative Taten das Getto wenigstens publizistisch zu durchbrechen. Diese Absicht ist gelungen und hat auch zu einer Reformierung des „Lagers“ geführt: Wenige Jahre später, 1964, wurde die NPD gegründet.

Die Ausschreitungen 1959/60 dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß terroristische Aktionsformen, über einen längeren Zeitraum betrachtet, nicht *das* Medium rechts-extremer Aktivität schlechthin sind, sondern daß sie andere Agitationsweisen unterstützen und zumeist hinter diese zurücktreten. Im Zeitraum zwischen dem 1. Januar 1960 und 30. Juni 1966 sind 757 Urteile gegen Rechtsextremisten gefällt worden wegen 1309 Gesetzesverstößen. Davon können etwa 7 Prozent als terroristisch qualifiziert werden; überwiegend handelt es sich um Sprengstoffverbrechen, Brandstiftung und Nötigung oder Bedrohung³¹⁾.

Fallbeispiel 2: Der NPD-Ordnerdienst

Im Zeitraum des parlamentarischen Aufstiegs und Niedergangs der NPD, 1964—1971, währenddessen die Partei immerhin 4,3 Stimmenprozent bei der Bundestagswahl 1969 und den Einzug in mehrere Länderparlamente erreichte, kam es 1968 zu einer folgenschweren Entscheidung des Parteivorstandes. Bedrängt von antifaschistischen Demonstrationen der APO und Bürgerinitiativen gegen die NPD setzte sich die Partei mit der Gründung eines „Ordnerdienstes“ für den Saalschutz und als

militante Kerntruppe zur Wehr. In Aufmachung und öffentlichem Auftreten während der Parteiveranstaltungen erinnerte der Ordnerdienst an historische Vorbilder: „Die neue SA“ überschrieb der sozialdemokratische „Vorwärts“ einen Beitrag am 31. Juli 1969. Der Hessische Landtag sah sich im Oktober 1969 veranlaßt, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß einzusetzen, um über die Aktivitäten des Ordnerdienstes aufzuklären. Darin heißt es u. a.: „Die Organisationsbemühungen der NPD deuten unverkennbar auf die Aufstellung eines zentral geleiteten und schnell verfügbaren paramilitärischen Verbandes hin.“³²⁾ Im Zeitraum zwischen Ende März und September sind vom hessischen Innenministerium zwölf „Ausschreitungen und Übergriffe“ an verschiedenen Orten registriert worden, die Staatsanwaltschaft führte Ermittlungsverfahren durch wegen des Verdachts vorsätzlicher Körperverletzung, gefährlicher Körperverletzung, Nötigung, Beamtennötigung, Beleidigung und Volksverhetzung³³⁾.

Besonders aufschlußreich für die Qualität der Gewaltbereitschaft des Ordnerdienstes sind zwei Ereignisse im Vorfeld des Bundestagswahlkampfes 1969. Ende Juli inszenierte der Ordnerdienst bei einer NPD-Veranstaltung in Frankfurt bandenmäßig durchgeführte Schlägereien mit Gegendemonstranten und erfüllte mehrfach den Straftatbestand schwerer Körperverletzung. Die Tages- und Wochenpresse berichtete, daß die Angehörigen des rund 40köpfigen Ordnerdienstes paramilitärisch geleitet worden und zum Einsatz unmittelbarer körperlicher Gewalt nicht nur bereit gewesen seien, sondern diesen geradezu gesucht hätten³⁴⁾. Einen vorläufigen Höhepunkt erreichten die Gewalttätigkeiten am 16. September 1969 bei einer NPD-Veranstaltung in Kas-

²⁹⁾ Zum Konzept subkultureller Analyse des Rechtsextremismus vgl. Peter Dudek/Hans-Gerd Jaschke, *Jugend rechtsaußen. Analysen, Essays, Kritik*, Bensheim 1982.

³⁰⁾ Vgl. Peter Schönbach, *Reaktionen auf die antisemitische Welle im Winter 1959/60*, Frankfurt 1961 (Frankfurter Beiträge zur Soziologie Sonderheft 3).

³¹⁾ Vgl. Lorenz Bessel-Lorck/Heinrich Sippel/Wolfgang Götz, *National oder radikal? Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Mainz 1966, S. 35 ff.

³²⁾ Vgl. Bericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses „NPD-Ordnerdienst“, Hessischer Landtag, 6. Wahlperiode, Drucksache Nr. 3330 (Sonderdruck für die Hessische Landeszentrale für politische Bildung, Wiesbaden 1970), S. 3.

³³⁾ Ebd., S. 4.

³⁴⁾ Zahlreiche Beispiele anhand von Pressedokumentationen finden sich bei Heinz Rabbow, *Terror. Bruchstücke einer Dokumentation*, in: *Das Rechtskartell. Reaktion in der Bundesrepublik*, hrsg. von Harald Jung und Eckart Spoo, München 1971, S. 59—72. Typisch für den militanten politischen Stil ist das den SA-Liedern nachempfundene „Ordnerlied“, in dem es u. a. heißt: „Die Helme auf — Visier herab, hinein in diesen Mob! Ein jeder weiß, es gilt und ist's ein noch so harter Job. Nach fünf Minuten war der Spuk vorbei und alles still. Die Ordner haben aufgeräumt, wie das Gesetz es will...“, vgl. Bericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses „NPD-Ordnerdienst“, a. a. O., S. 5 f.

sel, als der Ordner Kolley im Verlauf einer Demonstration eine Pistole zog und zwei Gegen-demonstranten durch Schüsse verletzte. Die Tat selbst ist durchaus nicht als affektive Handlung eines irregeleiteten Mitläufers zu bezeichnen, denn Kolley hatte — wie aus einem Bericht des NPD-Parteivorstandes hervorgeht³⁵⁾ — eine „einschlägige“ rechtsextreme Karriere bis zum Zeitpunkt der Tat hinter sich: Bereits in den fünfziger Jahren wegen Amtsmaßnahme und unerlaubtem Waffenbesitz vorbestraft, war er seit Januar 1965 Mitglied der NPD, begann 1968 mit dem regionalen Aufbau von Ordnerdiensten und war hierfür zum Zeitpunkt der Tat der NPD-„Bundesbeauftragte“. Im Mai 1970 wurde er von einem Kasseler Schwurgericht wegen gefährlicher Körperverletzung in Tateinheit mit fahrlässiger Körperverletzung zu 18 Monaten Haft verurteilt³⁶⁾.

Die Aktivitäten des NPD-Ordnerdienstes belegen im Vergleich zu den antisemitischen Ausschreitungen 1959/60 eine radikalisierte Stufe rechtsextremer Militanz: Beschränkten sich die Ereignisse damals noch auf provokativen, nicht-physischen Terror, so sind jetzt deutliche Anknüpfungspunkte an Strategien der SA festzustellen. Die Ursachen für den Radikalisierungsprozeß, mit denen wir uns an dieser Stelle nicht weiter beschäftigen wollen, liegen im Bereich der politischen Kultur: Massive Gegendemonstrationen der APO erlaubten den offenen „Kampf um die Straße“ im Kontext einer aufstrebenden Partei; verstärkter Zuzug von Ausländern sowie der Berliner Mauerbau und der Frankfurter Auschwitz-Prozeß wenige Jahre zuvor trugen zur ideologischen und organisatorischen Re-Formation rechtsextremer Denkmuster und Handlungspotentiale bei.

Fallbeispiel 3: Rechtsextreme Militanz seit Mitte der siebziger Jahre

Nach Art und Umfang der Gewaltbereitschaft sind die in den vergangenen Jahren, besonders nach 1975, begangenen Aktionen als weitere, fortgeschrittene Stufe eines Ende der

³⁵⁾ NPD-Parteivorstand: 1. Bericht über die Vorgänge in Kassel am 16. 9. 1969 und den derzeitigen Stand der Ermittlungen in Sachen Kolley, November 1969 (hektographiert, Archiv des PDI, München). Zur Rechtslage im Fall des Ordnerdienstes vgl. die Auskunft von Staatssekretär Gumbel vom 24. September 1969, in: Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 5. Wahlperiode, Drucksache V/4694, S. 24f.

³⁶⁾ Bericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, a. a. O., S. 14.

fünfziger Jahre begonnenen Radikalisierungsprozesses aufzufassen. Eine vergleichende Betrachtung der Verfassungsschutzberichte des Bundes im Zeitraum von 1974 (136) bis 1980 (1643) ergibt eine kontinuierlich steigende Verzwölfachung der behördlich registrierten Ausschreitungen mit rechtsextremem Hintergrund. Im Hinblick auf die Vorläufer fusionieren sie den provokativen Terror 1959/60 mit den SA-Kampfmustern des NPD-Ordnerdienstes zu einer neuen Qualität: Zu der des Terrorismus.

Für dieses Urteil ist nicht die seit Jahren ansteigende und in den jährlich erscheinenden Verfassungsschutzberichten und in dem Organ „Innere Sicherheit“ dokumentierte Anzahl rechtsextremer Ausschreitungen maßgeblich, sondern die Qualität der durchgeführten und geplanten Aktionen selbst. Der Essener Historiker Lutz Niethammer bezeichnet prägnant die veränderte Situation: „Dieses Geflecht, in dem Gewalt-, Militär- und Nazisymbolik (inklusive entsprechender Symbolfiguren) eine besondere Rolle spielen, wird jedoch überwiegend nicht von ehemaligen NS-Funktionären getragen, sondern von Angehörigen der jungen und mittleren Generation, die auf öffentliche Provokationen, Gewaltausübung und vergleichbare Aggressionsentladungen ausgehen und sich dabei der Identifikation mit dem Nazismus sozusagen als sicherstem Sprengstoff bedienen.“³⁷⁾

Nach wie vor werden, ähnlich den antisemitischen Provokationen von 1959/60, Schmieraktionen festgestellt, nach wie vor gibt es paramilitärische Jugendorganisationen, die dem NPD-Ordnerdienst vergleichbar sind. Die Innenministerien haben aber gerade bei solchen Organisationen das Verbotsinstrumentarium offen oder verdeckt in jüngster Zeit häufiger angewandt, wo paramilitärisch-militante Ausrichtungen das hervorstechende Merkmal waren: Die Hamburger „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ (ANS) wurde durch Verhaftung führender Mitglieder wegen krimineller Vergehen bis zur Bedeutungslosigkeit und inneren Auflösung geschwächt, die Wehrsportgruppe Hoffmann und die VSBD wurden als Organisationen verboten.

Bemerkenswert sind die in jüngster Zeit verstärkt hervorgetretenen offen-gewaltbereiten Elemente des Rechtsextremismus, die partiell die historischen Aktionsformen der „Organi-

³⁷⁾ Lutz Niethammer, in: Die verkannte Gefahr. Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik, hrsg. von Paul Lersch, Reinbek 1981, S. 125f.

sation Consul" nach 1919 mit denen des zeitgenössischen internationalen Terrorismus von links verbinden, vor allem:

— *Attentate* (z. B. der Mord an einem jüdischen Verleger in Nürnberg, mutmaßlich verübt von Mitgliedern der Wehrsportgruppe Hoffmann) und

— *Sprenstoffanschläge* (z. B. auf Asylantenwohnheime und beim Münchener Oktoberfest),

wobei geheimbündlerische Vereinigungen (Wehrsportgruppen) die Legalitätstaktik der NPD abzulösen beginnen und ein neues, historisch aber längst bekanntes Organisationsprinzip begründen. Eingebettet sind diese bislang noch vereinzelt Entwicklungen in einen „exogenen“ Faktor, nämlich die zweifellos identitätsstiftenden rechtsterroristischen Aktionen im und personelle Querverbindungen zum westlichen Ausland. Eingebettet sind sie darüber hinaus in die „endogenen“, auf die Bundesrepublik bezogenen Faktoren

— eines negativen Lernprozesses: Das parlamentarische Scheitern der NPD nach 1971 verstärkte die Plausibilität außerparlamentarischer, spektakulärer Aktionen

— einer erheblichen politischen Kriminalität von rechts: Radikalisierungstendenzen in der Publizistik und der Import nazistischer Pamphlete aus dem Ausland sind hierfür beispielhaft

— durchaus absehbarer potentieller positiver gesellschaftlicher Resonanzfelder: Die aufsehenerregende „Sinus-Studie“ ermittelt ein „Akzeptanzpotential“ für rechtsterroristische Gewalt von 6 Prozent (!) in der bundesdeutschen Wahlbevölkerung³⁶⁾.

— im Zusammenhang damit ein — wie der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit formuliert — „diffuses Gewaltpotential von beträchtlichem Umfang“, wobei für verschiedene Jugendkulturen „die Anwendung von Gewalt zum Teil auch die Funktion einer Gegensprache (hat)“³⁷⁾.

II. Erklärungsansätze: Fragestellungen, Forschungsrichtungen

Die in der Bundesrepublik betriebene Rechts-Extremismus-Forschung befindet sich in einem Dilemma: Sie ist weder als eigenständige sozialwissenschaftliche Teildisziplin anerkannt noch als historische und empirische Forschungsrichtung institutionalisiert, noch verfügt sie über ein allgemein anerkanntes, über kleine „scientific communities“ hinausreichendes begriffliches und methodisches Instrumentarium. Erschwerend kommt noch die sehr hohe politische Brisanz des Themas hinzu, die sich nur mit den Auswirkungen des Nationalsozialismus auf jegliche Bearbeitungsform nach 1945 erklären läßt. Politik und Moral sind bei unserem Gegenstand sehr viel enger miteinander verflochten als bei historisch und geographisch fernerliegenden Themen der Zeitgeschichte. Je nach Fragestellung und Ausrichtung des Forschers zehren die Untersuchungen durchweg von

— den aus Kreisen der Arbeiterbewegung und der linken Opposition gegen den Nationalsozialismus vor und nach 1933 entwickelten marxistischen Faschismustheorien,

— liberalen Faschismustheorien,

— sozialpsychologischen Deutungen des Führermythos,

— empirischen Untersuchungen über „autoritätsgebundene“ Charaktere,

— Einstellungsuntersuchungen, überwiegend in Zusammenhang mit der Erhebung von Daten über Antisemitismus und Autoritarismus.

Aus verschiedenen Gründen sind diese separaten Ansätze heute nur mehr sehr beschränkt verwendungsfähig, denn

— sie sind zielgerichtet auf Rechtsextremismus als Massenbewegung und Bündnispartner für konservative Eliten (Faschismustheorien),

— sie bearbeiten latente Strukturen und Dispositionen (sozial-psychologische Ansätze),

die nicht in der Lage sind, manifeste Gewaltprozesse und deren terroristische Qualität vor

³⁶⁾ SINUS-Studie (Anm. 22), S. 82ff.

³⁷⁾ Antje Huber zur aktuellen Situation der Jugend. Pressedienst des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit Nr. 64, 14. Mai 1981, S. 9; in einer Denkschrift des Ministeriums vom Mai 1981 wird die Zahl der Jugendlichen, die Gewalt in der Politik befürwortet, mit 10 % angegeben. Vgl.: Zur alternativen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, April 1981, S. 25.

allem nach 1945 hinreichend zu erklären⁴⁰⁾. Sie berücksichtigen viel zu wenig, daß der Rechtsextremismus und insbesondere seine militante Version ein Problem der politischen Kultur ist, somit aber auch die Wechselwirkungen von konkreten Erscheinungsformen und dahinterliegenden soziokulturellen Milieus auf der einen, Reaktionen des politischen und kulturellen Systems auf der anderen Seite zum Ausgangspunkt gemacht werden müssen. Dementsprechende — zwangsläufig finanziell und personell aufwendige — Untersuchungen liegen derzeit nicht vor⁴¹⁾.

Aufgrund des hier knapp skizzierten Dilemmas der Rechtsextremismusforschung im engeren Sinn⁴²⁾ liegt es nahe, Fragestellungen und Ergebnisse der Extremismusforschung, die sich zumeist auf die extreme Linke schwerpunktmäßig konzentriert, sowie die in den letzten Jahren fortgeschrittenen Analysen zum Terrorismus daraufhin zu befragen, inwieweit sie für das Problem rechtsextremer Militanz konzeptuelle Hilfestellungen abgeben. Darüber hinaus wäre zu fragen, welche konkreten Ergebnisse vorliegen und wie sie zu interpretieren sind.

Es ist bisher nicht gelungen, ein verallgemeinerungsfähiges Ablaufmodell zu konstruieren, welches genau jenen Punkt anzugeben vermag, an dem extremistische Bewegungen in manifeste Gewalttätigkeit umschlagen⁴³⁾. Die Erklärungsansätze für konkrete Eskalationen sind aus diesem Grund noch immer angewiesen auf die situativen Zusammenhänge als primärem Erklärungsmoment. Offene Gewaltta-

ten müssen also bislang als etwas historisch „Besonderes“ aufgefaßt werden, das immanent und historisch-rekonstruktiv zu behandeln ist, wobei mittelfristige Zeitspannen die traditionell-historische Frage klären helfen, „wie es möglich war“. So läßt sich zum Beispiel der „weiße Terror“ der Freikorps und der Brigade Ehrhardt aus der Freikorpsmentalität und den Strukturfehlern der Weimarer Republik einigermmaßen erhellen. Das Aktionsmuster des „Kampfes um die Straße“ der SA kann, ebenso wie die Fallbeispiele rechtsextremer Militanz in der Bundesrepublik, nur unter Einbeziehung der je besonderen historischen Faktorenkonstellationen als erstem und wichtigstem Ansatzpunkt verstanden werden.

Dennoch erlauben die theoretischen Konzepte der Extremismus- und Terrorismusforschung die Entwicklung einiger Fragestellungen und Hypothesen, die auf diejenigen politisch-gesellschaftlichen Randbedingungen abzielen, welche den Terrorismus begünstigen. Die nachfolgend kurz dargelegten Konzepte erlauben für sich genommen also keine schlüssige Erklärung manifester Gewalt, sie sind jedoch als Ansatzpunkte zur Untersuchung des gesellschaftlichen Vorfeldes als Schritte auf dem Weg zu einer schlüssigen Theorie der (rechts)extremistischen Gewalt aufzufassen. Jenseits der verbreiteten Alltagstheorien und -erklärungsmuster (die Behörden seien zu lasch und nachgiebig, Jugendliche hätten zu viele Freiheiten und keine Ideale, ihre Eltern seien schuld usw.) sind folgende Erklärungsansätze zu erwähnen:

— *Kontinuitätstheoretisch* sind überwiegend von Historikern durchgeführte Versuche, Phänomene des Terrorismus aus den besonderen nationalen Eigenheiten, historischen Entwicklungen und historisch ausgeprägten Strukturbedingungen eines Landes oder eines Kulturkreises abzuleiten. Auf diese Weise müßte beispielsweise in bezug auf den Rechtsterrorismus in Italien und der Bundesrepublik der Frage nachgegangen werden, in welchem historischen Verhältnis diese Phänomene zu den in beiden Ländern zeitweilig als politisches System herrschenden Faschismen stehen und in welcher Weise umgekehrt die Reaktionen des politischen und kulturellen Systems in beiden Ländern durch diese je besonderen Erfahrungen der nationalen Geschichte geprägt sind. Auf einem erweiterten und anspruchsvollen Argumentationsniveau wäre zu diskutieren, ob es — ökonomischen Konjunkturen vergleichbare — „Wellenbewegungen“ terroristischer Gewalt gibt und worauf sie zu-

⁴⁰⁾ Dem interessierten Leser sei empfohlen, einige Kompendien über Faschismustheorien einmal daraufhin zu überprüfen, was sie zur Erklärung rechtsextremer Militanz oder auch, allgemeiner, zur Erklärung des Rechtsextremismus unter Jugendlichen hergeben; vgl. z. B. Reinhard Kühnl, Faschismustheorien, Reinbek 1979, Wolfgang Wippermann, Zur Analyse des Faschismus, Frankfurt 1981.

⁴¹⁾ Hinzuweisen ist aber auf ein den angedeuteten Bemerkungen in etwa entsprechendes Projekt zum Terrorismus von links. Von dem auf vier Bände konzipierten Projekt sind bislang zwei erschienen: Iring Fetscher/Günter Rohrmoser, Ideologien und Strategien, Opladen 1981 (= Bd. 1), Herbert Jäger, Gerhard Schmidtchen, Lieselotte Süllwold, Lebenslaufanalysen, Opladen 1981 (= Bd. 2). In Vorbereitung sind Untersuchungen über Gruppenprozesse (= Bd. 3) sowie über gesellschaftliche Prozesse und Reaktionen (= Bd. 4).

⁴²⁾ Vgl. ausführlich den Literaturbericht in: Dudek/Jaschke (Anm. 29), S. 11—42.

⁴³⁾ Vgl. Susanne Karstedt-Henke, Soziale Bewegung und Terrorismus: Alltagstheorien und sozialwissenschaftliche Ansätze zur Erklärung des Terrorismus, in: Politik der inneren Sicherheit, hrsg. von Erhard Blankenburg, Frankfurt 1980, S. 169—237.

rückgeführt werden müssen. Walter Laqueur hat aus diesem Blickwinkel in seiner breit angelegten Studie über den Terrorismus darauf hingewiesen, daß es derzeit drei voneinander relativ unabhängige und aus nationalen Besonderheiten ableitbare „Wellen“ gibt: separatistisch-nationalstaatlicher (Ulster, Baskenland, Naher Osten), lateinamerikanischer, sowie „städtischer Terrorismus“ in Nordamerika, Westeuropa und Japan⁴⁴⁾.

Eine Kontinuitätstheoretische Betrachtungsperspektive hat gegenüber anderen Ansätzen den wichtigen konzeptuellen Vorteil, terroristische Erscheinungsformen im *Kontext sozialer Bewegungen* behandeln zu können. Da es sich durchweg nicht um individuell-vereinzelte Aktionen von Alleintätern handelt, sondern um Taten zumindest einer oder gar mehrerer Gruppen, ist so die Möglichkeit gegeben, gewaltsame Phänomene auf die Gruppenstrukturen funktional beziehen zu können und auf diese Weise etwas über Zweck, Zielrichtungen und Dynamik militanter Bewegungen in Erfahrung zu bringen. Das Beispiel des Nationalsozialismus vor 1933 ist hier relativ aussagekräftig: Die Militanz der SA hatte für die Basis der Bewegung im politischen Alltag den Sinn, Durchschlagskraft und Tatendrang der ehemaligen Freikorps zu demonstrieren bzw. zu befriedigen, darüber hinaus aber durch die faktisch durchgeführte „Propaganda der Tat“ die Dynamik des Nationalsozialismus als sozialer Massenbewegung zu forcieren. Diese, für die Parteileitung aufgrund ihrer formellen Gebundenheit an rechtsstaatliche Prinzipien etwa im Reichstag und bei der Suche nach rechtskonservativen Bündnispartnern dysfunktionalen Aktionsformen wurden legalistisch kompensiert, indem die Parteileitung nach außen hin stets ihre Verfassungstreue versicherte und versichern mußte⁴⁵⁾.

Für rechtsterroristische Erscheinungen in der Bundesrepublik steht unter Kontinuitätstheoretischen Aspekten die Beantwortung von Fragestellungen noch aus, die für den Linksterrorismus längst in Angriff genommen worden sind: In welchem Verhältnis stehen entwicklungsgeschichtlich die oben skizzierten Stadien rechtsextremer Militanz zueinander und wie hat sich der Rechtsextremismus in der Bundesrepublik als *Subkultur* nach 1945 entwickelt? Es muß hypothetisch davon ausgegangen werden, daß es nach 1945 zu Gruppenbildungen und -strukturen gekommen ist, wel-

che von Mythen der Verfolgung und Entrechtung geprägt waren. Unter diesem Gesichtspunkt ist der Rechtsterrorismus eine *Formveränderung* rechtsextremen Protests, die daraufhin befragt werden muß, inwieweit terroristische Aktionen als Ausbruchsversuche aus den Gettos und Subkulturen rechtsaußen zu interpretieren sind. Entsprechende Arbeiten stehen noch aus⁴⁶⁾.

— *Einstellungsuntersuchungen* haben aufgrund der in den letzten 20 Jahren verfeinerten Untersuchungsinstrumente der empirischen Sozialforschung an Umfang und Bedeutung zugenommen. Die an großen finanziellen Aufwand gebundenen, zumeist als zweckorientierte Auftragsforschung außerhalb der Universitäten durchgeführten Untersuchungen sind in der Lage, Meinungspotentiale in einer bestimmten Gesellschaft schichtspezifisch und unter Berücksichtigung lokaler und regionaler Unterschiede zu quantifizieren. Daher fungieren sie sowohl bei Parteien als auch in der Werbeindustrie als gern und häufig benutzte Frühwarnsysteme und Prognoselieferanten. Sie sind in der Lage, Meinungsprofile in repräsentativer Weise herauszuarbeiten, nicht jedoch Handlungsperspektiven exakt vorauszusagen. Der Dualismus von Einstellung und Verhalten, Meinen und Handeln bleibt bei der Einstellungsforschung bestehen und kann mit ihren Mitteln nicht aufgelöst werden.

Für das Problem rechtsextremer Militanz als Handlungsbereitschaft kann die Einstellungsforschung jedoch stärker als bisher nutzbar gemacht werden, obwohl auf diese Weise die Handlungsorientierungen der Gewalttäter selbst nicht direkt abschätzbar sind: Ausgehend davon, daß Rechtsextremismus unter funktionalen Gesichtspunkten ein Interaktionssystem ist, bei dem mehrere Systeme miteinander kommunizieren (gewaltbereite Gruppen, politisches und kulturelles System, Bevölkerung, veröffentlichte Meinung), kann demoskopisch stärker als bisher die Wirkung rechtsextremer Gewalt: Ablehnungsgrad, Indifferenz und Akzeptanz, untersucht werden. Sinnvolle und praktikable Gegenstrategien können auf dieser Basis für die politische Pädagogik entwickelt werden.

Aus einer anderen Sichtweise haben Methoden der Umfrage- und Einstellungsforschung bei Analysen des Rechtsextremismus eine bis heute nicht abgeschlossene Tradition. In der

⁴⁴⁾ Vgl. Walter Laqueur, *Terrorismus*, Frankfurt 1982 (zuerst 1977), S. 164—213.

⁴⁵⁾ Nachweise dazu in: H.-G. Jaschke (Anm. 17).

⁴⁶⁾ Vgl. ansatzweise und aus konzeptioneller Sicht Dudek/Jaschke (Anm. 29).

Nachfolge von Studien über autoritäre Charakterstrukturen, die von Mitarbeitern des Frankfurter Instituts für Sozialforschung in den vierziger Jahren in den USA durchgeführt wurden⁴⁷⁾, ist eine Fülle an ähnlich gerichteten Arbeiten vorgelegt worden. Diese sogenannte „Vorurteilsforschung“ beschäftigt sich mit dem tatsächlichen Ausmaß und der Reichweite von Vorurteilen, Stereotypen und verhärteten Denkstrukturen, die sich als latente oder manifeste Verhaltensdispositionen prinzipiell gegen die Demokratie richten können und insofern als antidemokratischer Nährboden und potentiell Resonanzfeld für rechtsextreme Agitation zu betrachten sind. Besonders das nach wie vor hohe Ausmaß des Antisemitismus konnte auf diese Weise kontinuierlich verfolgt werden. Aus einer jüngst erschienenen empirischen Untersuchung geht z.B. hervor, „daß in der Bundesrepublik Deutschland ein Bevölkerungspotential von etwa zwanzig Prozent mit ausgeprägt antisemitischen Vorurteilen lebt und daß bei weiteren dreißig Prozent Antisemitismus in Latenz mehr oder weniger stark vorhanden ist.“⁴⁸⁾

Da in der Bundesrepublik derzeit nur noch rund 30 000 Juden leben, deutet dieser Befund auf einen „Antisemitismus ohne Juden“ hin, und: antidemokratische Vorurteile werden in der politischen Kultur tradiert selbst dann, wenn ein direkter, an konkreten Erfahrungen gemessener Bezug (zum Beispiel zu jüdischen Mitbürgern) gar nicht mehr vorhanden ist.

Bemerkenswert sind einige Befunde der zuletzt erschienenen Shell-Jugendstudie: Während die „Autoritarismus“-Skala relativ große, bis zu vierzigprozentige Zustimmungswerte zu rechtsradikalen Parolen erbringt (z.B. „Deutsche Ausbildungsstätten für deutsche Jugendliche!“, „Deutschland den Deutschen!“ usw.), werden vorhandene rechtsradikale Gruppierungen von nur 4 Prozent der Jugendlichen positiv eingeschätzt⁴⁹⁾. Dies deutet darauf hin, daß das potentielle Resonanzfeld für rechtsextreme Ideologien auch und gerade unter Jugendlichen nach wie vor hoch ist, während gleichzeitig die vorhandenen rechtsextremen Formen des Engagements durchweg abgelehnt werden.

⁴⁷⁾ Th. W. Adorno u. a., *Der autoritäre Charakter. Studien über Autorität und Vorurteil*, 2 Bde., Amsterdam 1968.

⁴⁸⁾ Alphons Silbermann, *Sind wir Antisemiten? Ausmaß und Wirkung eines sozialen Vorurteils in der Bundesrepublik Deutschland*, Köln 1982, S. 73.

⁴⁹⁾ Vgl. *Jugend '81. Lebensentwürfe, Alltagskulturen, Zukunftsbilder*, Band 1, hrsg. vom Jugendwerk der Deutschen Shell, Hamburg 1981, S. 508f.

Insgesamt betrachtet, hat die Vorurteilsforschung einen zwar sekundären, aber nicht zu unterschätzenden Wert für die Analyse des Rechtsterrorismus: Militanz wird hier zwar nicht direkt thematisiert, aber immerhin ist die Ermittlung und Analyse von Strukturen „autoritärer“ Vorurteile in der Gesellschaft geeignet, das latente Resonanzfeld rechtsextremer Agitation zu beschreiben und zu differenzieren.

— *Relative Deprivation* bezeichnet in der Konfliktforschung eine gesellschaftliche Entwicklungstendenz, bei der Erwartungshaltungen und gesellschaftlich mögliche Chancen der Bedürfnisbefriedigung tendenziell auseinanderfallen und von außen in die Identität und das Selbstverständnis von Individuen und Gruppen eingegriffen wird⁵⁰⁾. Indikatoren hierfür sind zum Beispiel Arbeitslosigkeit und erzwungene Mobilität. Unbestritten ist, daß Unzufriedenheit ein Ausgangspunkt für extremistisches Stimmverhalten und individuelle extremistische Karrieren ist und daß im Einzelfall eine auf eine Vielzahl von Faktoren zurückführbare „relative Deprivation“ wirksam ist. Ebenso unbestreitbar ist die steigende Gefahr des politischen Extremismus bei massenhaften Prozessen relativer Deprivation, etwa bei erhöhter Arbeitslosigkeit. Aber das Konzept bietet auch deshalb keinen unmittelbaren Ansatzpunkt zur Analyse rechtsextremer Militanz, weil Gewaltbereitschaft nicht nur als Ventil für Unzufriedenheit, sondern auch als instrumentell-taktisches Mittel dienen kann⁵¹⁾. Insofern ist es nicht möglich, terroristische Aktionen aus empirisch nachweisbaren Phänomenen relativer Deprivation direkt abzuleiten.

— *Konzepte aus dem Bereich der politischen Sozialisation* spielen in der Extremismusforschung eine zunehmend wichtigere Rolle als Zuträger von Erkenntnissen über subjektive Faktoren terroristischen Handelns⁵²⁾. Fragen nach biographischen Entwicklungen und politischen Lernprozessen sind zunächst geeignet,

⁵⁰⁾ Vgl. dazu Detlef Baum, *Relative Deprivation und politische Partizipation*, Frankfurt/Bern/Las Vegas 1978, und gegenstandsbezogen die Bemerkungen bei Eike Hennig u. a., *Neonazistische Militanz und Rechtsextremismus unter Jugendlichen*, unveröff. Manuskript, Frankfurt 1981, S. 9–15.

⁵¹⁾ Vgl. Erich Weede, *Unzufriedenheit, Protest und Gewalt: Kritik an einem makropolitischen Forschungsprogramm*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 1978, S. 409–428.

⁵²⁾ Grundlegend dazu: Klaus Wasmund, *Zur politischen Sozialisation in terroristischen Gruppen*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 33–34/80, S. 29–46.

weitverbreiteten Vorurteilen entgegenzuwirken: Politische Gewalttäter seien psychisch krank und als Pathologen zu behandeln. Diese korrigierende Funktion biographischer Ansätze ist deshalb besonders hervorzuheben, weil bezüglich des Rechtsextremismus in der Nachkriegszeit bis etwa Anfang der sechziger Jahre Tabuzonen und gesellschaftliche Ausgrenzungen neben einer rigiden Verbotspolitik vor allem durch Pathologisierung erreicht wurden⁵³). Aber auch in der gegenwärtig betriebenen empirischen Sozialforschung finden sich noch Tendenzen unsachgemäßer Pathologisierung. Eine Untersuchung der Infratest-Wirtschaftsforschung, die „psychische Gesundheit als Anpassung an die geltenden Verhaltensnormen unserer Gesellschaft“ definiert, rechnet Maoisten, diffus Linke und hedonistische Linke zum Spektrum „psychopathologischer Störungen“, während unorthodoxe Marxisten und traditionelle Kommunisten über dem Mittelwert des definierten Kriteriums psychischer Gesundheit liegen⁵⁴).

Die Diskussion zwischen Bundesinnenminister Baum und dem ehemaligen Terroristen der „Rote-Armee-Fraktion“, Horst Mahler, sowie eine Fülle an veröffentlichtem biographischem und autobiographischem Material haben für den Bereich des Linksterrorismus dazu beigetragen, in der politischen Diskussion das Argument der Pathologisierung weitgehend zurückzudrängen zugunsten eines Einlassens auf die konkreten Lebensläufe und Erfahrungsmuster. Für den Bereich des Rechtsextremismus und -terrorismus fehlt es noch an öffentlich zugänglichem Primärmaterial⁵⁵). Die bislang am breitesten angelegte Studie über Lebensläufe von Terroristen kommt u. a. zu dem Schluß, daß „für eine generelle Pathologisierung der Terroristen jeder Anhaltspunkt (fehlt)“⁵⁶).

Lebenslauf-Analysen als spezielle Variante der Forschungen zur politischen Sozialisation stehen vor der doppelten Aufgabe, terroristisches Handeln „verstehbar“ zu machen im

Sinne von begründeter Nachvollziehbarkeit von Biographien auf der einen Seite und politische Karrieren von Individuen vergleichend daraufhin zu befragen, welche äußeren Einflüsse das terroristische Handeln gefördert, begünstigt oder sogar ausgelöst haben auf der anderen Seite. Zum Beispiel eröffnet der Hinweis der Angeklagten Vorderbrügge beim Prozeß gegen die „Deutschen Aktionsgruppen“ in Stuttgart-Stammheim, die von einer Bekannten ihr überzeugend eingeredete Annahme, das „Tagebuch der Anne Frank“ sei eine Fälschung und habe bei ihr zur Hinwendung zum Rechtsterrorismus geführt⁵⁷), bei Konzepten politischer Sozialisation und Lebenslauf-Analyse eine Fülle entsprechender Fragestellungen: Welche Vorgeschichte in der Persönlichkeitsentwicklung hat die Angeklagte für diese „Initialzündung“ aufnahmebereit werden lassen, bzw. gibt es einen kontinuierlichen Verlauf ihrer rechtsextremen Karriere nach der einmal begonnenen Rechts-Wendung?

Das Instrument der Lebenslauf-Analyse erscheint derzeit ebenso vielversprechend wie methodologisch unterentwickelt und in bezug auf die notwendig aufwendige Datenaufbereitung in der Durchführung problematisch⁵⁸). Biographische Lebenslauf-Analysen von Links-Terroristen haben in fast allen Fällen „psychodynamische Besonderheiten“ ergeben (Trennung vom Lebenspartner, Heimerziehung, geschiedene Eltern etc.)⁵⁹), ohne daß aus diesen eine zwangsläufige Rekrutierung für den Terrorismus ableitbar wäre. Erkennbar sind daraus aber immerhin einige Dispositionen, die eine extremistische Orientierung begünstigen können: Die von Jäger u. a. untersuchte Gruppe von Linksterroristen (N = 227) wies zum Beispiel nur einen Anteil von 76 Prozent auf, der in vollständigen Familien, also mit beiden Eltern, bis zum vierzehnten Lebensjahr aufgewachsen war. Dieser Anteil liegt erheblich unter dem Bevölkerungsdurchschnitt (= 87 Prozent)⁶⁰). Die folgende Tabelle gibt einen Eindruck über die relativ hohe biographische Belastung späterer Terroristen in der Kindheit und Adoleszenz, obwohl die Angaben nicht repräsentativ sind (und es aus verschiedenen Gründen auch nicht sein können)⁶¹):

⁵³) Vgl. Dudek/Jaschke (Anm. 29), passim.

⁵⁴) Vgl. Politischer Protest in der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zur sozioempirischen Untersuchung des Extremismus: Eine Arbeit der Infratest Wirtschaftsforschung GmbH, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1980, S. 163f.

⁵⁵) Vgl. jedoch die Autobiographie eines ausgestiegenen Jugendlichen, Ein rechtsradikaler Jugendlicher berichtet: „Ich heiße Gerald Wagener...“, München 1981 (Bestelladresse: dvk-Verlag/Druckerei, Untere Länge 11, 8000 München 45).

⁵⁶) Vgl. Jäger, Schmidchen, Süllwold (Anm. 41), S. 235.

⁵⁷) Vgl. Frankfurter Rundschau v. 13. 2. 1982, S. 3.

⁵⁸) Vgl. die einschränkenden Bemerkungen bei Jäger, Schmidchen, Süllwold (Anm. 41), S. 18ff.

⁵⁹) Vgl. Wasmund (Anm. 52), S. 32ff.

⁶⁰) Jäger, Schmidchen, Süllwold (Anm. 41), S. 66.

⁶¹) Ebd.

Einschneidende biographische Ereignisse

	Rechts- terroristen	Links- terroristen	Linksterroristen nach Geburtsjahr			
			1945 und früher	1946 bis 1950	1951 bis 1955	1956 und später
	%	%	%	%	%	%
Vollwaisen	4	5	13	3	0	0
Tod des Vaters	9	15	19	14	12	0
Tod der Mutter	13	6	4	9	6	0
Todesfälle unter den Eltern insgesamt	26	26	36	26	18	0
Scheidung der Eltern	9	10	9	5	17	17

Obwohl die Datenbasis der Untersuchung von Jäger u. a. unter dem Aspekt repräsentativer Sozialforschung schmal ist, und obwohl frühkindliche Sozialisationsprozesse weitgehend ausgespart sind, erhärten die Befunde die These von überdurchschnittlich stark wirksamen Prozessen relativer Deprivation. Unter diesem Gesichtspunkt hat terroristisches Verhalten sowohl von rechts wie von links die objektive Funktion einer Nach-Sozialisation.

Bemerkenswert sind die Ausführungen über die Rolle der Militanz in terroristischen Gruppen. Die Akzeptanz der unmittelbaren physischen Gewaltausübung als Mittel der Politik wird erklärt mit dem allmählichen Hineinwachsen in eine terroristische „Subkultur mit eigenem Wertesystem“⁶²⁾. „Sie wollen den in der Gruppe an sie gestellten Erwartungen genügen und leiden unter Schuldgefühlen, wenn sie hinter solchen Erwartungen zurückbleiben. Sie setzen sich Gefahren aus, wenn das Kollektiv, dem sie sich zugehörig fühlen, es ihnen abverlangt. Sie sind zu Gewalt und Tötung imstande, wenn es um die Tötung von Feinden und die Ziele und Interessen der eigenen Gruppe geht. Da sie sich im Sinne der Gruppennormen konform verhalten, werden Handlungen, die nach dem in der Gesamtgesellschaft geltenden Recht kriminell sind, für sie zu keinem Gewissensproblem. Diejenigen, die solche Situationen zunächst konflikthaft erleben, entscheiden sich letztlich im Sinne der Gruppennormen und Gruppenziele.“⁶³⁾ Das

moralische Bewußtsein schuldhaften Handelns wird aus dieser Sicht durch das neue akzeptierte Wertesystem strukturell ausgeblendet und erleichtert so die Bereitschaft, Entführungen und Mord instrumentell und gruppenkonform zu interpretieren. Obwohl direkte Vergleiche links- und rechtsextremer Gewaltbereitschaft beim derzeitigen Kenntnisstand vorläufigen und hypothetischen Charakter haben müssen, ergeben sich aus der Untersuchung von Hennig u. a. zur rechtsextremen Militanz unter Jugendlichen Hinweise auf Parallelen, aber auch Unterschiede zur Gewalt von links⁶⁴⁾.

Auch in rechtsterroristischen Gruppen wird Gewalt moralisch legitimiert durch das gruppeninterne, gesamtgesellschaftlich nonkonforme Wertesystem. Es ist jedoch ganz offensichtlich weniger „rational“ (d. h. theoretisch) durchdacht, sondern viel stärker traditionalistisch durch eine emotionsgeladene, positive Beziehung zum „Vorbild“ des Nationalsozialismus. Hennig u. a. unterscheiden verschiedene Formen des Selbstverständnisses rechtsextremer Gewalt in den Gruppen selbst: defensiv-verteidigend gegen eine als feindlich erlebte und interpretierte Übermacht des Staates und der Gesellschaft, „Gegengewalt“ als Reaktion auf Angriffe z. B. von Linken und offensive Gewaltbereitschaft als Resultat einer sozialdarwinistisch erfahrenen Umwelt und rigorose Konsequenz aus den zur Verfügung stehenden Mitteln politischer Gewaltanwendung.

⁶²⁾ Ebd., S. 234.

⁶³⁾ Ebd.

⁶⁴⁾ Vgl. zum folgenden Eike Hennig u. a. (Anm. 50), bes. S. 238—300.

III. Ausblick: Politischer Extremismus und offene Gewaltbereitschaft — Ein Strukturproblem moderner Demokratien?

Es hat in der ersten und zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts in allen dem Deutschen Reich und der Bundesrepublik vergleichbaren westlichen Industriegesellschaften links- und rechtsterroristische Bewegungen gegeben, die mit mehr oder weniger Erfolg versuchten, demokratische Strukturen mit gewaltsamen Mitteln zu beseitigen. Dabei fällt allerdings auf, daß linksterroristische Bewegungen in hochentwickelten westlichen Industriegesellschaften nach den bisher gewonnenen Erfahrungen ohne jede Chance auf die Gewinnung einer Bevölkerungsmehrheit oder gar die Übernahme der Regierungsgewalt sind. Demgegenüber hat der Rechtsterrorismus es immerhin vermocht, vor allem in Italien, Spanien und Deutschland zeitweise das politische System zu erobern. Daraus ließe sich folgern, daß von diesen historischen Erfahrungen her interpretiert die Aufmerksamkeitsrichtungen in der Bundesrepublik eigentümlich verschoben sind: Sie richten sich zu stark nach den aktuellen zahlenmäßigen Größenverhältnissen, nach der Publizität und richtungspolitischen Wertbarkeit spektakulärer Aktionen und tief-sitzenden antikommunistischen Vorurteilen, nicht jedoch nach historischen Einsichten. Diese müßten nämlich dazu führen, jenseits spektakulärer Aktionen sich stärker mit den Problemen der Gewalt von rechts und ihren Ursachen und Hintergründen zu beschäftigen.

Von einem anderen Gesichtspunkt führt eine Betrachtung der historischen Erfahrungen zu dem Ergebnis, daß politischer Extremismus empirisch gesehen offensichtlich eine „normale Pathologie westlicher Industriegesellschaften“ ist (E. Scheuch). Alltägliche, in der Bundesrepublik vorfindliche Deutungsmuster ziehen daraus oft vorschnelle Konsequenzen nach der einen oder anderen Seite. Der häufige Verweis auf das schlechte Abschneiden der NPD bei Bundes- und Landtagswahlen beispielsweise kann dazu führen, die realen Gefahren rechtsextremer Einstellungen und die Wirkungsmöglichkeiten kulturkämpferischer außerparlamentarischer Basisarbeit rechts außen zu unterschätzen. Gerade die in den letzten Jahren sich abzeichnende Konzentration einiger Fraktionen dieses Lagers auf die Ausländerproblematik und ihre Versuche, ausländerfeindliche Stimmungen etwa durch Bürgerinitiativen für sich zu nutzen, markieren ein

Bedrohungspotential, das heute prognostisch gar nicht abzuschätzen ist. Umgekehrt sind jedoch auch Entwicklungen absehbar, das Extremismusproblem zu überschätzen und zu dramatisieren. Die emotionsgeladenen Auseinandersetzungen um den Extremistenbeschluß der Ministerpräsidenten von 1972 sind hierfür ebenso ein Beispiel wie die Überreaktionen und sensationsjournalistischen Darstellungen der Tagespresse bei spektakulären Vorfällen mit terroristischen Hintergründen.

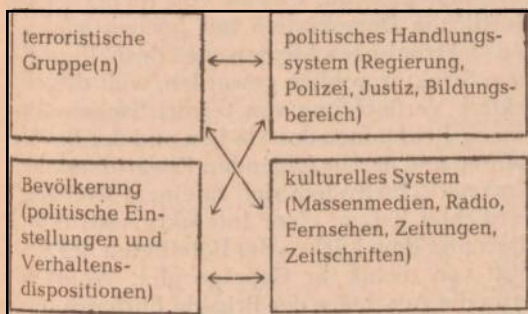
Angemessene Strategien gegenüber dem Extremismus werden noch dadurch erschwert, daß gerade dieses Thema parteipolitisch bestens geeignet ist, in Wahlkampfmunition umfunktioniert und verwertet zu werden. Nur allzu bekannt sind die Versuche, die demokratische Linke insgesamt in die Nähe der Sympathisanten des Terrorismus zu rücken, wie auf der anderen Seite etwa die politischen Informationsreisen des CSU-Vorsitzenden Strauß in rechte Diktaturen dafür herhalten müssen, eine generelle Nähe des rechten Unionsflügels zum offenen Rechtsextremismus zu konstruieren.

Die terroristischen Erscheinungen in den westeuropäischen Kernländern in diesem Jahrhundert können auf ihre gemeinsamen Wurzeln hin befragt werden: Aus welchen Gründen gab und gibt es in hochentwickelten westlichen Ländern immer wieder Versuche, politische Vorstellungen im Rahmen von Netzwerken zumeist kleiner Gruppen mit gewaltsamen Mitteln durchzusetzen? Versuche zur Beantwortung dieser Frage gehen zumeist davon aus, daß krisenhafte politisch-gesellschaftliche Entwicklungen dazu führen können, daß Individuen und Gruppen, gekennzeichnet von hohem moralischem Rigorismus, darauf mit extremen, und dies heißt auch: gewalttätigen Mitteln *reagieren*. Es gehört mittlerweile zum common sense der Extremismusforschung, daß terroristische und extreme politische Bewegungen eine Reaktionsform auf krisenhafte Entwicklungen darstellen. Offen bei diesem Reiz-Reaktionsschema ist jedoch, welcher Typus von Krise terroristische Erscheinungen nach sich ziehen kann. Eine Ebene des politischen Extremismus als Strukturproblem westlicher Demokratien ist durch diesen Mechanismus periodisch wiederkehrender politischer und ökonomischer Krisen und entsprechender extremer und gewalttätiger

ger Lösungsversuche in deren Gefolge gekennzeichnet. Diesem Zusammenhang soll hier nicht weiter nachgegangen und statt dessen ein anderer, zumeist unterbelichteter Aspekt etwas näher erläutert werden.

Friedhelm Neidhardt resümiert in einer empirischen Untersuchung über linke und rechte terroristische Gruppierungen: „Der Erfolg des Terrorismus hängt ab von den politischen Wirkungen, die er veranlaßt, und diese Wirkungen werden primär bestimmt durch die gesellschaftlichen Institutionen, gegen die er sich wendet. Dabei kann es sehr wohl sein, daß die Schwäche des Rechtsterrorismus überkompensiert wird durch Ausmaß und Art der Reaktionen, die ihn beantworten.“⁶⁵⁾ Neidhardt verweist dabei auf die Funktion und Verantwortung der Massenmedien: „Indem Massenmedien diese Publizität hergestellt und die Sensationspresse Militanz und Terrorismus systematisch überdramatisiert haben, leisteten sie auch in der Bundesrepublik einen wesentlichen Beitrag zur Entstehung und Stabilisierung von Terrorismus.“⁶⁶⁾

Davon ausgehend wäre auf einen sehr wesentlichen Gesichtspunkt hinzuweisen: Terroristische politische Aktionen stehen in einem objektiven gesellschaftlichen Wirkungszusammenhang, der durch mehrere aufeinander einwirkende Variablen gekennzeichnet ist. Man könnte von einem Interaktionssystem des Terrorismus sprechen, dessen Struktur sich in vereinfachter Darstellungsform etwa so skizzieren läßt:



⁶⁵⁾ Friedhelm Neidhardt, Erscheinungsformen und Handlungspotentiale des Terrorismus. Empirische Ansätze zu einem Vergleich linker und rechter terroristischer Gruppierungen. Berichte aus dem Forschungsinstitut für Soziologie der Universität zu Köln, Oktober 1981, S. 79 (hektographiert). Teilweise wieder abgedruckt in: Gewalt von rechts. Beiträge aus Wissenschaft und Publizistik, hrsg. vom Bundesminister des Innern, Bonn 1982, S. 155—206.

⁶⁶⁾ Ebd. S. 82.

Unabhängig davon, ob die Aktionen einer terroristischen Gruppe aktuell als Bedrohung wahrgenommen werden, besteht ein dauerhaftes und solche Aktivitäten überdauerndes *Strukturproblem* von demokratisch verfaßten Gesellschaften darin, daß das Interaktionssystem des Terrorismus, nämlich das Wechselspiel von terroristischer Gruppe, Bevölkerung, kulturellem und politischem System, die Aktionen der Gruppe selbst prägt und zeitlich überdauert. Dann wird zum Beispiel deutlich, daß es durchaus einen „Terrorismus ohne Terroristen“ geben kann, womit übrigens die immer wieder gern zitierte Anzahl von Gewalttättern und -taten zu relativieren ist: Die Aktionen von Terroristen führen, wie z. B. die Gesetzgebung in der Bundesrepublik in den letzten Jahren zeigt, zu Veränderungen in den Kontroll- und Sicherheitsapparaturen des politischen Systems, die trotz des möglichen Abnehmens der faktischen Bedrohung durch eine terroristische Gruppe in der Regel bestehen bleiben oder nur sehr langsam abzubauen sind. Überspitzt formuliert wird so aus dem Kampf gegen den Terrorismus der Kampf um seine Bekämpfung⁶⁷⁾. Die Auseinandersetzungen um das Kontaktsperregesetz und den „Gewaltparagraph“ 88 a sind hierfür beispielhaft. Für das politische Handlungssystem stellt sich folglich nicht nur — oberflächlich gesehen — die Aufgabe möglichst effizienter Gefahrenabwehr, sondern darüber hinaus auch das Problem des Umgangs mit bürokratisch eingerichteten Kontroll- und Abwehrapparaten, die sich bis zu einem gewissen Grad verselbständigen können, wenn es das gerade aktuelle Problem terroristischer Bedrohungen empirisch gar nicht mehr oder in nur verringertem Ausmaß gibt, wenn also dem Abwehrsystem der eigentliche Gegenstand entzogen ist. Terrorismus ist dann nicht mehr eine „natürliche“, sondern nur noch eine institutionelle Tatsache. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß schon seit Beginn des 19. Jahrhunderts — komplementär zu terroristischen Erscheinungen — Wellenbewegungen von Anti-Terrorgesetzen nachgezeichnet werden können, die jedesmal nach dem Verschwinden der aktuellen Bedrohung Spuren hinterließen in Form „gegenstandsloser“ Kontrollbürokratien,

⁶⁷⁾ Vgl. dazu den informativen Überblick von Heinz Giehning, Die Reaktion des Gesetzgebers auf den Terrorismus, in: Jugend und Terrorismus. Ein Hearing des Bundesjugendkuratoriums mit Beiträgen von Iring Fetscher u. a., München 1979, S. 61—84.

die dann selber zu einem Systemproblem geworden sind⁶⁸⁾.

Das politische Handlungssystem (Regierung, Polizei, Justiz, Bildungsbereich) steht bei der Behandlung der Gewalt von rechts vor einer doppelten Aufgabe: zunächst vor dem Problem der Abwehr tatsächlicher Gefahren für die Demokratie. Diese erstrecken sich von den politischen Aktivitäten rechtsextremer Gruppen besonders im schulischen und außerschulischen Jugendbereich bis hin zu politisch-kriminellen und terroristischen Aktionen. Die Verbote der Wehrsportgruppe Hoffmann, der Volksozialistischen Bewegung Deutschlands (VSBd) und die rechtskräftige Verurteilung von Rechtsterroristen der Hamburger Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS) leisten ebenso einen Beitrag dazu wie etwa Bemühungen der politischen Bildung und Aufklärung. Das eigentlich Problematische ist jedoch die vom politischen Handlungssystem kaum geleistete und auch schwierige *Unterscheidung* von Aktionen, die eine tatsächliche Bedrohung darstellen einerseits und solchen Handlungen, die praktisch keine Bedrohung darstellen, aber als solche *wahrgenommen*, interpretiert und behandelt werden. Es gibt aus dem Bereich politischer Bildung an Schulen unzählige Beispiele von neonazistischen Vorfällen (z. B. Hakenkreuzschmierereien), die erst durch die Überdramatisierung ihre eigentliche Wirkung entfalten konnten⁶⁹⁾. Diese „Möglichkeit einer Paradoxie der Wirkungen des linken und rechten Terrorismus“ (Neidhardt) muß davon ausgehen, daß die Gewalt von rechts auch ein Stück weit von denen unbeabsichtigt befördert wird, die ihn eigentlich bekämpfen wollen, indem nämlich der objektive Wirkungszusammenhang des Terrorismus übersehen wird. Dies gilt in noch stärkerem Ausmaß für das kulturelle System und dort vor allem für die Deutungsangebote der Massenmedien.

Die zu fordernde Unterscheidungsleistung zwischen realer und nur vermeintlicher Bedrohung wird von einem Teil der audiovisuellen und gedruckten Medien vor allem deshalb nicht erbracht, weil der Terrorismus einen ho-

hen „Unterhaltungswert“ besitzt. Dieser Sachverhalt ist insbesondere von der RAF und ihren Nachfolgeorganisationen systematisch ausgenutzt worden, denn im Gegensatz etwa zu Guerilla-Bewegungen in Ländern der Dritten Welt sind Terroristen in hochentwickelten Ländern geradezu angewiesen auf die medial vermittelte Publizität: „Allen Guerillastrategien ist gemeinsam, daß sie ihre politisch-militärischen Ziele durch die Anwendung von Gewalt unmittelbar zu erreichen suchen und es ihnen primär um die physischen Folgen der Gewaltanwendung geht. Dagegen orientiert sich die Strategie des Terrorismus ... an den durch die Gewaltanwendung provozierten Reaktionen bei Freund, Feind und zunächst Gleichgültigen und sucht so primär die psychischen Folgen der Gewaltanwendung.“⁷⁰⁾ Rechte Terrorgruppen haben diesen Zusammenhang sehr wohl erkannt und für sich zu nutzen verstanden, wie etwa die Äußerungen des inhaftierten ehemaligen ANS-Vorsitzenden Kühnen in einer Wochenzeitung deutlich belegen⁷¹⁾. Es kommt noch hinzu, daß in der politischen Kultur der Bundesrepublik das Problem der Gewalt von rechts überlagert ist von der Hypothek des Dritten Reiches, so daß Provokationen mit neonazistischen Hintergründen sensibler wahrgenommen werden als andere. Dadurch wird einerseits der mediale „Unterhaltungswert“ der Gewalt von rechts noch gefördert, gleichzeitig aber entsteht für das politische System ein zunehmender Handlungsdruck.

Zusammenfassend: Gewalt von rechts ist in westlichen Demokratien mit hochentwickelten elektronischen Medien auch deshalb zu einem Strukturproblem geworden, weil die objektive Verflechtung von terroristischen Aktionen, Reaktionen der Medien und der Bevölkerung und daraus folgenden Erwartungen an das politische System sich zu einem Kreislauf verdichtet hat, zu einer Interaktionsstruktur, die hinter dem Rücken der Beteiligten der Gewalt von rechts ihr Gepräge gibt. Während etwa die Anschläge der Brigade Ehrhardt und Organisation Consul nach 1918 einen Selbstzweck darstellten im Kampf gegen die „Verräter“ von links, und während der nationalsozialistische „Kampf um die Straße“ durchaus wörtlich verstanden werden mußte, sind die Aktionen der letzten Jahre nur noch Mittel zum

⁶⁸⁾ Vgl. Sebastian Scheerer, Gesetzgebung im Belagerungszustand, in: Politik der inneren Sicherheit, hrsg. von Erhard Blankenburg, Frankfurt 1980, S. 120—168, hier bes. S. 142—153.

⁶⁹⁾ Zahlreiche Beispiele dazu in: Peter Dudek (Hrsg.), Hakenkreuz und Judenwitz. Antifaschistische Jugendarbeit in der Schule, Bensheim 1980; GEW Berlin (Hrsg.), Wider das Vergessen. Antifaschistische Erziehung in der Schule. Erfahrungen, Projekte, Anregungen, Frankfurt 1981.

⁷⁰⁾ Herfried Münkler, Guerillakrieg und Terrorismus, in: Neue Politische Literatur Nr. 3/1980, S. 308.

⁷¹⁾ Vgl. Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt Nr. 7, 14. 2. 1982, S. 6f.

Zweck: Der Oktoberfest-Anschlag war nicht eigentlich ein Angriff auf „Münchner Brauchtum“, bestimmte Wiesn-Wirte oder Besucher des Festes, sondern er sollte ein „Fanal“ setzen und die Reaktionen des beschriebenen Interaktionssystems bewußt provozieren. Die militanten Anschläge der „Deutschen Aktionsgruppen“ gegen Asylantenwohnheime sind vor dem gleichen Hintergrund zu sehen: Es geht hier nicht um gezielte Attentate auf bestimmte Personen oder das Zerstören konkreter Gebäude als solche, sondern den Attentätern geht es darum, das skizzierte Interaktionssystem des Terrorismus in Gang zu setzen, Überreaktionen hervorzurufen und Mobilisierungseffekte in der Bevölkerung freizusetzen. Daraus lassen sich zwei Konsequenzen ziehen:

— Die sozial- und medienwissenschaftliche empirische Erforschung der Wirkungszusammenhänge der Gewalt von rechts steht noch aus. Die für den Linksterrorismus vorgenommenen Untersuchungen (vgl. Anm. 41) ersetzen diese nicht, müssen aber auf ihre Brauchbarkeit für eine umfassende Analyse der Gewalt von rechts hin überprüft werden.

— Die in der politischen Bildung über Nationalsozialismus und Neonazismus insbesondere von Seminarteilnehmern häufig zu Recht gestellte Frage nach Einwirkungsmöglichkeiten und Maßnahmen gegen den Rechtsextremismus ist nicht nur ein Beleg für das Bedürfnis aktiver Verteidigung der Demokratie, sondern auch ein Beleg für den Handlungsdruck, den das Interaktionssystem der Gewalt von rechts für die Institutionen nach sich zieht. Für die politische Bildung ergibt sich die Aufgabe, stärker als bisher den eigentlichen Gegenstand, historische und aktuelle Gewalt von rechts, zu hinterfragen, indem seine objektiven Wirkungszusammenhänge in didaktische Überlegungen einbezogen werden: Reaktionen der politisch Verantwortlichen, der Justiz, der Massenmedien und der Bevölkerung ist künftig stärker Beachtung zu schenken als bisher. Erst eine solche Betrachtungsweise, die die Wirkungszusammenhänge der Gewalt von rechts nicht aus den Augen verliert, vermag das Gewaltproblem als ein gesellschaftliches zu erfassen, Unterscheidungen zwischen faktischer und nur wahrgenommener Bedrohung zu leisten und zu begründen und Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln.

Neonazistische Militanz und Rechtsextremismus unter Jugendlichen

Die hier vorzustellende Untersuchung ist, was die Feldforschungsphase betrifft, vom Dezember 1979 bis März 1981 durchgeführt und vom Bundesminister des Innern kostendeckend unterstützt worden¹⁾.

Es handelt sich um die Bearbeitung von Neuland, denn die Extremismusforschung geht stillschweigend von der unzutreffenden Voraussetzung aus, derzufolge unbelehrbare Ewig-Gestrige das Hauptpotential des infolge dessen immer kleiner werdenden rechtsextremen politischen Lagers stellen. Alle Energien der Extremismusforschung konzentrieren sich dementsprechend auf die Linke, womit diese Forschung nochmals ihre Anpassung an politische Schwerpunktsetzungen und an die Parameter der herrschenden politischen Kultur demonstriert.

Zugespißt kann gesagt werden: die empirische Erforschung des Rechtsextremismus bricht 1968 mit dem Gipfelpunkt des NPD-Erfolges ab. Schon die aggressiven Kundgebungen und Verlautbarungen der Aktion Widerstand (1970/71), an der, wie schon in der letzten Phase der NPD-Aktivitäten (1967/68), verhältnismäßig viele jüngere Heranwachsende beteiligt sind, sind unerforscht.

Erst die SINUS-Studie „Rechtsextreme politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland“²⁾ (Abschlußbericht, Oktober 1980) und die Untersuchung rechtsextremistischer Meinungspotentiale unter Bundeswehrangehörigen von Gessenharter³⁾ stellen — neben wissenschaftsjournalistischen Arbeiten,

insbesondere von Alwin Meyer und Karl-Klaus Rabe⁴⁾ — ernst zu nehmende Neuansätze dar.

Den Ausgangspunkt der Untersuchung bestimmen daher Beobachtungen über Veränderungen der Altersstruktur und der Propagandaformen des Rechtsextremismus sowie über die damit verbundene und einhergehende zunehmende Gewaltbereitschaft gerade unter den jüngeren Mitgliedern rechtsextremistischer Organisationen. Im Anstieg mehrerer seit 1975 neu gegründeter neonazistischer Organisationen verdichtet sich diese Umstrukturierung im „rechten Lager“, für die beispielhaft auf die Geschichte der Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS) verwiesen werden kann⁵⁾.

Seit Mitte der siebziger Jahre kann im „rechten Lager“ insgesamt eine Altersumverteilung, verbunden mit einer Verkleinerung und Radikalisierung (einer Radikalisierung weniger der alten „Resttruppe“ als vielmehr der jugendlichen Neuzugänge) festgestellt werden:

Generell nimmt die Gesamtzahl der organisierten Mitglieder ab, während die Zahl der Jugendlichen und jungen Heranwachsenden (ab 15/16 Jahren bis zum Alter von etwa 25 Jahren), aber auch die der Jugendorganisationen gerade im neonazistischen Bereich zunimmt.

Diese Umgewichtung in Richtung auf Jugend und Militanz bestimmt insbesondere das Ver-

¹⁾ Der vollständige Forschungsbericht erscheint 1982 im Westdeutschen Verlag (Opladen) unter dem Titel: Rechtsextremismus und Jugend in der Bundesrepublik Deutschland. Mitarbeiter des Projekts sind gewesen: Prof. Dr. Eike Hennig, Dipl. Soz. Lena Inowlocki, Dipl. Soz. Beate Jakobi, Dr. Hans Gerd Jaschke, Dipl. Soz. Christoph Schmidt, Dipl. Päd. Rainer Steen.

²⁾ SINUS, Rechtsextreme politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland, Abschlußbericht, Heidelberg/München, Okt. 1980, veröffentlicht unter dem Titel: 5 Millionen Deutsche: „Wir sollten wieder einen Führer haben ...“, Reinbek b. Hamburg 1981.

³⁾ Wolfgang Gessenharter u. a., Rechtsextremismus als normativ-praktisches Forschungsproblem, Weinheim u. Basel 1978.

⁴⁾ Alwin Meyer, Karl-Klaus Rabe, Unsere Stunde, die wird kommen, Bornheim-Merten 1979; Karl-Klaus Rabe (Hrsg.), Rechtsextreme Jugendliche, Bornheim-Merten 1980.

⁵⁾ Vgl. H. M. Broder, Deutschland erwacht, Köln 1978; Pomarin/Junge, Die Neonazis und wie man sie bekämpfen kann, Dortmund 1978. Mit der kommentierten Wiedergabe eines umfangreichen Gesprächs mit Michael Kühnen (ANS) durch Alwin Meyer und Karl-Klaus Rabe (Kursbuch 54 [Jugend], Dez. 1978, S. 127—141) beginnt die sozialwissenschaftliche Analyse des organisierten und jugendgeprägten Rechtsextremismus. — Für die davon abzugrenzende informelle Protesthaltung sei zur Bestimmung des Anfangspunktes verwiesen auf Bammé/Holling/Malke, Faschistische Tendenzen in der Schule?, in: Ästhetik und Kommunikation, Heft 32, 1978; Hartmut und Thilo Castner, Schuljugend und Neofaschismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 44/1978, S. 31—44.

hältnis der NPD zu ihrer Jugendorganisation, den Jungen Nationaldemokraten (JN), den Zuwachs rechtsextremistischer Jugendgruppen (bis 1979 auch der JN) und die Neugründung jugendgeprägter neonazistischer Organisationen, wofür die ANS als Beispiel steht.

Zwar nimmt im Untersuchungszeitraum (November 1979 bis März 1981) die Zahl der JN ab⁶⁾, die nach dieser Untersuchung als eine Durchlauf- und Erhitzerorganisation in der Karriere vieler neonazistisch organisierten Jugendlichen bezeichnet werden kann, zwar wird auch die neben der JN zahlenmäßig größ-

te Einzelorganisation, nämlich die 1979 rund 400 Mitglieder zählende Wehrsportgruppe Hoffmann (WSG), am 30. Januar 1980 auf Intervention des Bundesinnenministers verboten, dennoch wächst die Gewaltbereitschaft eher weiter an. Ab der zweiten Jahreshälfte 1980 zeigen sich im neonazistischen Bereich Tendenzen einer vereinzelt, teilweise jedoch nicht unorganisierten Hinwendung zum Rechtsterrorismus⁷⁾.

Dramatisch muß das Anwachsen rechtsextremistischer Ausschreitungen (ganz besonders solcher gewaltsamer Art) genannt werden.

Rechtsextremistische Ausschreitungen⁸⁾

(1975, 1980)

	1975	1980	
Ausschreitungen insgesamt	206	1 643	+ 697,6 %
darunter solche mit neonazistischem Hintergrund	92	1 267	+ 1 277,2 %
neonazistische Ausschreitungen			
in % der Ausschreitungen insgesamt	45 %	77,1 %	
Gewaltanwendungen	21	113	+ 438,1 %
darunter Brand- und Sprengstoffanschläge	2	21	+ 95 %

Parallel zu der relativen Verjüngung im „rechten Lager“ kann am Beispiel wiederum der ANS, aber auch des Verhältnisses von NPD und JN sowie des anwachsenden aggressiven Potentials in der Wiking Jugend eine Zunahme organisierter neonazistischer Militanz und die offene Verwendung von Gruppenstra-

⁶⁾ Mitglieder der NPD: 1975 = 10 000, 1980 = 7 200 (- 28%), Mitglieder der JN: 1975 = 1 300, 1980 = 1 000 (- 23,1%).

⁷⁾ Eike Hennig, Kontinuitäten zum historischen Faschismus und jugendliches Protestverhalten in der Bundesrepublik, in: Gerhard Paul, Bernhard Schoßig (Hrsg.), Jugend und Neofaschismus, Frankfurt 1979, S. 75—104; ders., Neofaschismus in der Bundesrepublik — Über die Zunahme offen-faschistischer und rechtsradikaler Tendenzen unter Jugendlichen, in: Peter Dudek (Hrsg.), Hakenkreuz und Judenwitz, Bensheim 1980, S. 134—153; ders., Neonazistische Militanz und Terrorismus, ersch. 1982 in einem vom Bundesminister des Innern hrsg. Sammelband: Gewalt von rechts.

⁸⁾ Bei der Bewertung dieser Angaben muß berücksichtigt werden, daß diese Zunahme politisch motivierter Gewalt auch ein spezifischer Ausdruck der allgemeinen Zunahme schwerer Gewaltdelikte sein kann. — Zum Anstieg der Kriminalität vgl. mit Angaben über die Jahre 1963ff., bes. aber zum Vergleich der Jahre 1979/80: Innere Sicherheit Nr. 58 v. 31. 7. 1981, S. 5/6; dass. Nr. 59 v. 24. 9. 1981, S. 21 ff. (= Abdr. aus: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 70 v. 23. 7. 1981, S. 589—612).

tegien, Propagandaformen und -formeln des historischen Nationalsozialismus beobachtet werden⁹⁾.

Die „Militanz“ der jugendlichen Teilgruppe im „rechten Lager“ äußert sich

— als uniformierte Abgrenzung von der Gesellschaft und der Mehrheit der Jugendlichen in der Bundesrepublik, also von „Wohlstand“, „Konsumorientierung“ und „Disco-Kultur“;

— in der Entwicklung von politisch-sozialen Deutungsmustern, die sich positiv an nationalsozialistischen Vorbildern, insbesondere an solchen der „NS-Linken“ (G. Strasser, E. Röhm), orientieren;

— im provozierenden öffentlichen Auftreten, mit dem die entwickelten weltanschaulichen Bilder zur Schau gestellt werden;

— als tendenzielle Hinneigung zur „Propaganda der Tat“ und zur Akzeptanz gewaltsamer Auseinandersetzungen mit politischen Feinden (besonders aus dem „linken Lager“);

— als Einübung gewaltgeprägter Gruppenstrategien, die auf derartige Konflikte vorbe-

⁹⁾ Eike Hennig, Neofaschismus in der Bundesrepublik, a. a. O.

reiten und gewaltsame Zusammenstöße sowie Konflikte mit staatlichen Organen auch als gruppeninternes Integrationsmittel bzw. zur Radikalisierung und praktischen Schulung der Mitglieder einsetzen;

— als Bereitschaft, staatliche und rechtliche Instanzen zu mißachten, wenn sie die Entfaltung öffentlicher Propaganda und das Vertreten programmatischer Forderungen (etwa nach Legalisierung der NSDAP) behindern;

— als bewußte Bereitschaft, strafrechtliche Konsequenzen in Kauf zu nehmen bzw. sogar einzukalkulieren, wenn es gilt, Entschiedenheit und Direktheit der Anschauungen und Verhaltensweisen öffentlich zu vertreten oder gruppenintern Führungspositionen zu besetzen;

— im Verzicht auf eine „bürgerliche Existenz“ (Beruf, Familie), deren Saturiertheit dem Idealismus des politischen Kämpfers sowie dem Opfer und Wagnis einer neuen politischen Elite gegenübergestellt wird, deren durch Konsum und politisches Desinteresse verursachte Dumpfheit als Antipode sowohl der Radikalität krisengeladener Probleme (wie insbesondere der Ausländerfrage, Arbeitslosigkeit und Ökologie) als auch der eigenen Entschiedenheit dargestellt wird;

— letztlich als die Extremposition einer Hinwendung zum Rechtsterrorismus, die aus einer Haltung der Menschenverachtung und des nationalen Chauvinismus heraus bereit ist, die legalistische NSDAP-Politik aufzugeben, um extremste Mittel einzusetzen (wobei man bereit ist, in instrumenteller Hinsicht vom internationalen und linken Terrorismus zu lernen).

Derartige Militanz bestimmt mit ihren Abstufungen insbesondere Verhalten, Meinungen, Auftreten, Kalkül und Güterabwägungen der jugendlichen Mitglieder rechtsextremistischer und neonazistischer Organisationen (wie auch der JN — im Gegensatz zur Stammpartei und „parents culture“ der NPD oder zur Deutschen Volksunion [DVU] um Dr. Frey).

Unter den neonazistischen Organisationen macht der Anteil der jugendlichen Mitglieder schätzungsweise 70 % aus, wobei es sich (und dies ist ein auffälliges Unterscheidungsmerkmal gegenüber linken Gruppen) nahezu ausschließlich um junge Männer bzw. männliche Jugendliche handelt.

Die Anzahl der organisierten Neonazis nimmt von 1975 bis 1980 von 400 auf 1 200 um 200 % zu; berücksichtigt man zusätzlich die Zahl der

600 manifesten, dem Verfassungsschutz bekannten, aber nicht organisatorisch eingebundenen Neonazis, so nimmt diese politische Gruppierung von 1975 bis 1980 um 350 % zu. Ihr harter Kern umfaßt 1979/80 etwa 300 Personen. In demselben Zeitraum (1975—1980) erhöht sich die Anzahl der zahlenmäßig zumeist kleinen Organisationen (mit bis zu 50 Mitgliedern) um knapp 70 % von 13 auf 22.

Obwohl diese Jugendlichen in der Gesamtheit von rd. 9 Millionen Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 25 (1979) numerisch untergehen, obwohl sie von Meinungsumfragen nicht erfaßt werden¹⁰⁾, verdient dennoch diese seit 1975 langsam aber stetig anwachsende Gruppe größte Berücksichtigung.

Dies gilt gerade deswegen, weil diese Jugendlichen eine Art politischer Entfremdung demonstrieren, die auf Defizite der politischen Kultur insbesondere für Jugendliche der Unterschichten hinweist.

Aus dieser Perspektive beschreibt Michael Kühnen (früher ANS) bei einem Interview in der JVA Celle die Zielgruppe seiner politisch-organisatorischen Vorstellungswelt:

„Wir sprechen innerhalb dieser Jugend verständlicherweise die an, die besonders wenig zu verlieren haben und die ein besonders hohes Maß an Unzufriedenheit mit den gegenwärtigen Lebensumständen haben. Ob es sich nun um soziale ... Benachteiligung oder soziale Probleme bei ihnen handelt, oder ob es sich um persönliche Probleme handelt, etwa die Frage der Geborgenheit und ... der Wunsch eben, in einer Gemeinschaft zu leben, ... das hat natürlich auch Konsequenzen ... Es kommt als Zweites noch hinzu, daß wir hauptsächlich ... die Arbeiterjugend ansprechen, hauptsächlich also ... junge Menschen ansprechen, die nicht so in der Lage sind, sich zu artikulieren und sich so klar zu machen, was sie eigentlich wollen, ... als wie zum Beispiel die linken Gruppen, die ... mehr die Intellektuellen ansprechen. Bei uns beruht eben sehr viel auf ... der gefühlsmäßigen Durchdringung, auf dem gefühlsmäßigen Lernen als auf dem rationalen Lernen ...“

¹⁰⁾ So stellt die SINUS-Untersuchung fest, daß die Altersgruppe 18—29 Jahre mit jeweils 13 % am rechtsextremen Einstellungs- und Protestpotential gegenüber den 30 bis 49jährigen und vor allem den über 50jährigen deutlich unterrepräsentiert ist. Vom Einstellungspotential entfallen auf die Älteren und Alten 30 % bzw. 57 %, beim Protestpotential sind es 29 % bzw. 59 %. Kritisch dazu vgl. betrifft: erziehung, 7—8/1981, S. 25—27.

Die Untersuchung

Im Zentrum der Feldforschung (und hierüber soll schwerpunktmäßig berichtet werden) steht die doppelte Fragestellung:

— Warum schließen sich Jugendliche in der Bundesrepublik rechtsextremistischen Organisationen an?

— Wie begründen sie diese Entscheidung bzw. welche politisch-sozialen Deutungsmuster entwickeln sie, denen sich diese Entscheidung einfügt bzw. aus denen dieser Schritt erwächst?

Aus dieser Fragestellung ergibt sich, daß Interviews mit rechtsextremistischen Jugendlichen den Schwerpunkt der Forschungsarbeit ausmachen. Die leitenden Charakteristika Rechtsextremismus und Jugend werden bei der Auswahl der Interviewpartner und der Bezugsgruppen durch Berücksichtigung des direkten Augenscheins oder der Bekanntheit eingelöst, so daß nur offensichtlich als solche zu identifizierende bzw. publizistisch bereits erwähnte jugendliche Rechtsextremisten die Gesprächspartner stellen.

Zusätzlich ist die Auswahl bemüht, dem bekannten Spektrum jugendgeprägter rechtsextremistischer und neonazistischer Organisationen (so wie es z. B. über Verfassungsschutzberichte vorgestellt wird) näherungsweise Rechnung zu tragen. Gegenüber Alter und manifester Mitgliedschaft spielt das Kriterium der Organisationszugehörigkeit bei der Auswahl eine untergeordnete Rolle; wegen des Verbots der WSG sind insbesondere keine Angehörigen dieser Gruppe interviewt worden.

Insgesamt handelt es sich um 22 Interviews mit 32 Gesprächsteilnehmern, da es sich aus der Situation ergeben hat, daß mehrere Interviews mit Gruppen von Jugendlichen durchgeführt worden sind. In einzelnen Fällen sind Nachfolgeinterviews (in einem Fall bis zu vier) durchgeführt worden.

Die Interviewpartner verteilen sich etwa im Verhältnis von 2:1:2 auf Groß-, Mittel- und Kleinstädte sowie auf stadtnahe ländliche Räume, was annähernd der von SINUS festgestellten Verteilung des rechtsextremen Einstellungspotentials entspricht¹¹⁾.

¹¹⁾ Sinus-Studie, a. a. O., S. 117.

Der bekannten Tatsache, daß Handwerker und (Fach)Arbeiter sowie (formal verstanden) untere bis mittlere Schulbildung die Zusammensetzung rechter Gruppen prägen, entsprechen auch die Interviewpartner dieser Studie¹²⁾. Bei Bewertung derartiger Angaben muß jedoch stark relativierend davon ausgegangen werden, daß aufgrund des Alters die Statuszuweisung keinesfalls abgeschlossen ist. Auch suggerieren solche Angaben eine Statik, die in den tatsächlichen Biographien der Jugendlichen mehrheitlich nicht zu finden ist. Die Angaben verdienen es daher nur, als situative und momentane Fixierung eines noch nicht abgeschlossenen Prozesses und einer noch andauernden dynamischen und mobilen Persönlichkeitsentwicklung gelesen zu werden.

Sechs Interviews sind mit Nationaldemokraten, 14 mit Neonazis, 2 mit National-Revolutionären durchgeführt worden. Die Gesprächsteilnehmer gehören zu 50 % nationaldemokratischen, zu 43,8 % neonazistischen und zu 6,3 % nationalrevolutionären Gruppen an.

Durchschnittlich sind die Interviewpartner knapp 21 Jahre alt. 51,6 % sind von 16 bis 20 Jahre alt; 80,6 % der Interviewpartner sind bis zu 24 Jahre alt.

Damit unterscheidet sich die Interviewpopulation in Alter und Gruppenzugehörigkeit erheblich von allen bisherigen Interviewpartnern bekannter Projekte (SINUS, Rabe); denn es ist eine wesentlich jüngere und militantere Gesprächsgruppe ausgewählt worden, die näherungsweise die vom Verfassungsschutz mitgeteilte Zusammensetzung des rechten Lagers wiedergibt.

Die durchgeführten Interviews haben eine Länge von minimal 15 bis maximal 242 Minuten. Besonders die Interviews mit Nationaldemokraten sind sehr lang; zwei sind länger als drei Stunden, drei der Interviews mit Neonazis sind zwischen zwei und drei Stunden lang. Die Gesamtzeit aller Interviews umfaßt rund 45 Stunden.

¹²⁾ Arbeits- und Ausbildungsverhältnis der Interviewpartner (N = 32): Schüler 5, Studenten 4, Wehrpflichtige 1, Arbeitslose 3, Hilfsarbeiter 1, Lehrlinge 5, Facharbeiter 2, Sporttrainer 2, kfm. Angestellte 3, Buchhändler 1, k. A. 5.

Wesentliche Ergebnisse der Untersuchung neonazistischer Militanz und rechtsextremistischen Verhaltens unter Jugendlichen

Die politisch-sozialen Deutungsmuster jugendlicher Rechtsextremisten und Neonazis

Im Gegensatz zur Untersuchung des SINUS-Instituts wird die These vertreten, daß ein „geschlossenes rechtsextremes Weltbild“ nicht feststellbar ist.

Wegen einer breiten und fließenden Grau- und Übergangszone zu konservativen Werten (Tradition, Familie, Volk) aber auch zu dogmatisch linksextremistischen Erklärungsschemata (wie etwa dem Avantgardemodell und den realitätsverzerrenden Agententheorien) ist es schwer, die Spezifika rechtsextremistischer Orientierung im Einstellungsbereich auszumachen. Insofern Deutungsmuster aber auf die Handlungsrelevanz, auf die praktische Umsetzung von Anschauungen verweisen, eröffnet ihre Analyse den Weg zur Bezeichnung der charakteristischen Besonderheiten. Es sind dies die unterschiedliche biographische Verankerung von politisch-sozialen Deutungen und die unterschiedliche praktische Militanz und Gewaltakzeptanz, also die Differenzierung derjenigen Entschiedenheit, mit der aus dem Weltbild Konsequenzen gezogen und verwirklicht werden.

Als Kriterium der Identifizierung derartiger Unterschiede bietet sich der Grad des Bruchs mit den Verkehrsformen parlamentarisch-demokratischer Politik und mit der Lebensperspektive einer bürgerlichen Existenz bzw. der Orientierung an den materiellen Gratifikationen des relativen Lebensstandards in der Bundesrepublik an. (Ersteres liefert Auskunft über den Fortschritt der öffentlich-politischen Radikalisierung, letzteres dient dem Nachweis der privaten Einbindung und Selbstaufgabe in die politisch extreme Existenzform.)

Bezüglich der Verankerungsdifferenz des Weltbildes sollen die folgenden Äußerungen die vorhandenen Gegensätze veranschaulichen.

Die erstgenannte Position eines 20jährigen Neonazis belegt die vollständige Entprivatisierung, den Verzicht auf Güterabwägung zwischen bürgerlicher und politischer Existenz. Stigmatisierungen, Strafen und „Berufsverbot“ werden als Wahrheitsbeweise uminterpretiert (denn: wer in dieser falschen Bundesrepublik

keine Feinde hat, der muß einfach verkehrt leben und denken):

„Ich bin mit der Zeit, im Laufe der Zeit bin ich zum radikalen Fanatiker geworden. Also man müßte mich schon tot schlagen, wenn man meine Meinung weg haben will. Ich bin hundertprozentig davon überzeugt, es wird zwar ein dorniger Weg sein, aber eines Tages sind wir wieder da, wo wir schon einmal waren.“

Ähnlich äußert sich ein anderer 21jähriger, vormaliges Mitglied einer neonazistischen Gruppe, jetzt aktiv tätig in einer nicht-aktionistischen, sondern langfristige Erziehungskonzepte vertretenden national-revolutionären Organisation:

„... erst kommt Deutschland, dann ich. Ich kämpfe nur für meine Kinder, für mich kann ich nichts mehr erreichen. Wert habe ich nur als Kämpfer.“

Demgegenüber gibt ein 19jähriger Ex-Aktivist (vormalig Programmierer und Parteigründer, nicht aber Gewaltaktivist) zu erkennen, wie er — aus Angst vor weiterer Strafverfolgung und wegen seiner Anpassung an Konsumstandards — wieder ins ideologische Glied zurückgetreten ist. Er reflektiert die politischen Machtverhältnisse („Unser Programm z. B. ist praktisch momentan das Quantum ...“) und kann gegenüber der vagen Hoffnung auf einen allgemeinen politischen Trend (Krise) nicht auf die aktuelle Realisierung seiner sehr alltäglichen Konsumbedürfnisse verzichten:

„Erstmal Auto, eine schöne Anlage, vier mal 45 Watt ... und dann Nummer Zwei halt 'n billiges Zimmer ... Grad daß man was für sich und sein Mädchen ... hat. Das ist halt was Vernünftiges.“

Diese Abwägung führt zum (einstweiligen?) Verzicht auf ein aktives Auftreten und gleichzeitig zur forcierten Gesinnungspflege in informellen Zirkeln. Die Argumentation deutet aber an, daß sich diese Rücknahme wieder ändern kann, wenn der Preis für eine rechtsextremistisch-politische Existenz als weniger hoch empfunden wird:

„Ja, ich meine, 'n Karrieremensch insofern bin ich nicht, als daß ich jetzt unbedingt aus bin auf Bundestag oder irgendetwas oder Reichstag. Das ist net der Fall ... Ich bin in der Beziehung zu sehr Idealist. Und im nationalen Lager

jetzt zu diesem Zeitpunkt zu sagen, daß man auf politische Karriere aus wär', das wär' völlig unangebracht, weil nämlich momentan also 'ne politische Karriere nicht absehbar ist ... Selbst wenn ich die Aktivität jetzt völlig einschränken würde, aufgrund weil ich doch zu sehr unter Druck gesetzt würde durch Androhung von Gefängnisstrafen oder irgendwas in der Richtung, was ja mit Sicherheit demnächst zu erwarten ist, dann kann das zwar den ... Erfolg für die Regierung oder für dieses System haben, daß ich mich von der Aktivität her 'n bißchen einschränke, aber von der Überzeugung her nicht, niemals."

Gegenüber dieser Güterabwägung und der Berücksichtigung des realpolitischen Machtkalküls nur vor dem Hintergrund gegenwärtiger Machtverteilung setzen insbesondere neonazistische Jugendliche auf die Vertiefung der Krise, was sie als ihre Chance auffassen. Sehr deutlich bringt dies ein 26jähriger maßgeblicher neonazistischer ‚opinion leader‘ in einem Brief vom 2. Oktober 1981 zum Ausdruck:

„Mit zunehmender Krise wird der von uns (i. S. die „jungen Kameraden“ in „nationalsozialistischen Gruppen“ — E. H.) repräsentierte Menschentyp eher kennzeichnend sein als der angepaßte, nationaldemokratische Jugendliche. Da die Zeiten nach bürgerlichen Maßstäben allmählich und stetig ‚unnormaler‘ werden, ist mit einer ‚Verwässerung‘ von Inhalt und/oder Haltung in meinem Einflußbereich nicht zu rechnen.“

Militanz erwächst also erst über die Handlungsrelevanz aus den Deutungsmustern; sie liegt nicht in den Vorstellungen selbst. Dies bedeutet auch, daß sich die Gruppen primär durch ihr äußeres Auftreten, wesentlich weniger aber durch die vertretene politische Anschauung voneinander unterscheiden.

Diese Vorstellungen selbst sind als ausformulierte Zielwerte untauglich. Es handelt sich um Alltagskonzepte, nicht aber um analytische Sätze, die unter Berücksichtigung methodischer Vorgehensweisen falsifizierbar oder verifizierbar wären bzw. die im Sinn einer politischen Strategie operationalisiert werden könnten.

Michael Kühnen führt aus, daß der Prozeß der intellektuell-programmatischen Verarbeitung des faktischen Prozesses und der Taten erst beginnt, daß es also einen „time lag“ zwischen fortgeschrittener Politik und hinterherhinkender Selbstverständigung gibt.

„Es gab die Protestbewegung, und das ist im Grund genommen ja etwas, womit die Jugend-

revolte begonnen hat. Und da sind wir im Grunde ein Teil von ... Es mußte also erstmal diese Linksprotestbewegung kommen, Erfolg haben und dann doch letzten Endes scheitern, um eben ... den Weg freizumachen für eine entsprechende Bewegung rechts ... Das ist nun geschehen, es ist eben geschehen bei den Menschen, die ... eben gefühlsmäßig stark ... gegen dieses System eingestellt waren, und es geschieht nun allmählich auch, möchte ich sagen, geistig. Es liegt in der zwangsläufigen Entwicklung, ... daß, nachdem die emotionelle Entscheidung gefallen ist, nachdem man sich einmal zum Nationalsozialismus bekannt hat, daß man sich dann auch allmählich Gedanken darüber macht, welche Konsequenzen das hat, und dann eben auch das versucht, das geistig zu durchdringen ...“

Es sei dahingestellt, ob ein „geschlossenes rechtsextremes Weltbild“ als einheitliche Programmatik ausformulierbar ist; die Interviews zeigen Deutungsmuster, die nicht-konsistent sind, Widersprüche aber für die Individuen beherrschbar machen, die also Handlungsfähigkeit herstellen; an zentraler Stelle stehen einige erfahrungsgestützte und emotional aufgewertete Grundansichten, denen in praktischen Alltagsinterpretationen selektiv und im Sinne der Herstellung kognitiver Konsonanz auch empirische Daten und Einzelwahrnehmungen zugeordnet werden. Vom Erscheinungsbild ergibt dies für das für Diskussionen über die „Fronten“ so schwierige Zusammentreffen von dogmatischen Setzungen, Glaubenssätzen und analytisch-empirischen Einzelfeststellungen.

Grundmuster des rechtsextremen Politikverständnisses

Den Übergang von Adoleszenzkrise (d. h. einem in Elternhaus, Schule, am Arbeitsplatz bezüglich der Entwicklung privater Lebensentwürfe und andersgeschlechtlicher Partnerbindungen stark problembehafteten Reifungsprozeß¹³⁾) zum rechtsextrempolitischen Protestverhalten bezeichnen Herausbildung und Formulierung einer sowohl erfahrungsgesättigten als auch abstrakt postulierten tiefgreifenden Schere zwischen aktuellem privatem wie öffentlichem Problemdruck und dem vorherrschenden familialen wie politischen Lö-

¹³⁾ Zum Konzept der Adoleszenzkrise vgl. Rainer Döbert, Gertrud Nunner-Winkler, Adoleszenzkrise und Identitätsbildung, Frankfurt 1979, bes. S. 83ff.; Gertrud Nunner-Winkler, Berufsfindung und Sinnstiftung, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 33 (1981), S. 115—131.

sungsverhalten. Den rapiden und direkten Problemen (Arbeitslosigkeit, Orientierungs-/ Sinngebungsfrage, Ökologie- und Ausländerproblem) stehen als langatmig, unverbindlich und indirekt begriffene Angebote gegenüber, die für den Jugendlichen keine Hilfe darstellen, die er nicht als problemadäquate Lösung auffassen will, deren Entscheidungsverzicht gleichwohl aber als das politisch-soziale Realitätsprinzip verstanden und als solches abgelehnt wird.

Dieses Grundmuster der Schere zwischen Problem und Lösung und der daraus erwachsenen Kritik der Institutionen trägt alle Züge einer volkstümlich-weitverbreiteten Dichotomie, die aus der Sicht „von unten“ „denen da oben“ manche Schlechtigkeit zutraut. Vor allem aber ist dies Ausdruck politischer Entfremdung, denn die Machthaber aller couleur wissen gar nicht, welches aus der Sicht eines „ehrlich empörten kleinen Mannes“ die „tatsächlichen Probleme“, Ängste und Wünsche sind. — Der aktionistische Zugriff und der entdifferenzierende Sprach- und Denkstil rechts-extremistischer Deutungen entwickelt sich als Reaktion auf die wahrgenommene soziale und politische Orientierungslosigkeit und Entscheidungsunfähigkeit und entspricht in seiner Direktheit dem hohen individuellen Lösungs- wie Erklärungsdruck und -anspruch.

Ein 18jähriger kommentiert in diesem Sinn die Frage, ob Hitler mit Problemen besser fertig würde als „unsere Politiker“:

„Im Prinzip sage ich: Ja, wie Hitler mit der gleichen geistigen Stärke, weil Politiker wie der Schmidt — na, der Schmidt geht ja noch — keine Willensstärke mehr besitzen und überhaupt keine Durchsetzungskraft haben, vollkommen wankelmütig sind und Entscheidungen nicht gefällt werden. Da wird halt stunden-, wochen-, monatelang darüber debattiert — und es kommt nichts dabei heraus.“¹⁴⁾

Die private Seite der Familien- und Konsumkritik spricht ein Mitglied der JN an:

„Mein Elternhaus seh ich so . . . : Mir geht's gut, ich hab mein Fernseher, ich hab mein Auto, ich hab 'n Kind großgezogen, was will ich mehr. Ja, mein Vater sitzt abends vorm Fernseher, ißt Nüß. Meine Mutter ist so überarbeitet, daß sie schon vorm Fernseher einschläft. Da leeft nix.“

¹⁴⁾ Vgl. Eike Hennig, Neofaschismus in der Bundesrepublik, a. a. O., S. 146—150.

¹⁵⁾ Zit. nach: Klaus Sochatzy, Parole: rechts! Jugend, wohin? Neofaschismus im Schülerurteil, Frankfurt 1980, S. 188.

Zwei Mitglieder einer neonazistischen Organisation akzentuieren demgegenüber die öffentlichkeitsbezogene Seite der Institutionenkritik und spitzen sie bezüglich des Feindbildes zu:

„... dieser Staat (ist) ... praktisch überhaupt nicht in der Lage, gegen diese ... gewaltige revolutionäre Macht, die hinterm Kommunismus steckt, ... was zu unternehmen.“

Angesichts dieses apokalyptischen Szenarios von Problemen und untauglichen Lösungen entwickeln gerade neonazistische Gruppen aus der Einsicht in diese Schere ihre elitäre Einstellung und Massenverachtung:

„Vor zehn Jahren ... , damals war doch der große Wirtschaftsboom. Ja, da dachten die Jugendlichen, es geht aufwärts, dieser Staat hier ist richtig, ja, das System ist das richtige ... Jetzt, jetzt sehen doch die meisten, daß es bergab geht ... und ... auch da heraus ... haben wir viel Zuwachs.“

„Solange es dem Spießbürger irgendwie noch gut geht, und er sein Bäuchlein füllen kann, wird er niemals über seine Situation nachdenken. Wir sehen die heutige Zeit als eine Herausbildung junger Kräfte zu einer Elite, die dann in dem entscheidenden Moment Massen führen können. Wir sehen dann den Moment gekommen, wenn eine Weltwirtschaftskrise eintritt mit Arbeitslosigkeit, Hungersnöten usw. Und wir sind absolut sicher, daß diese kommen wird ...“¹⁵⁾

Politische Dekadenz

Das politisch-soziale System wird als dekadent, unfähig und korrupt erfahren und abgelehnt:

„Unsere Politiker sind nicht vertrauenswürdig, weil jeder seine Sekretärin auf dem Schoß hat ... Die vertreten nur ihren Eigennutz und ihre Hurerei ... Man kann nicht einmal sagen, das sind Menschen. Das sind Verbrecher und Zigeuner ... wie die aufeinander losgehen ... (Hauptsache) das Gehalt stimmt ...“¹⁶⁾

Dieses System und solche Repräsentanten vermitteln weder Werte, die Engagement aus-

¹⁵⁾ Beide Zitate zeigen, wie das Bild der Bevölkerung zwischen einer positiven (= Volk) und negativen (= Masse) Bewertung schwankt und wie neonazistische Gruppen die Bevölkerung gleichzeitig ablehnen und agitieren. (Ähnlich das Gesellschaftsbild linksterroristischer Gruppen.)

¹⁶⁾ Zit. nach SINUS, Rechtsextremistische politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland, Untersuchungsstufe 1: Psychologische Vorstudie, Heidelberg/München 1979, S. 49 f.

lösen, noch verdienen sie eine andere Form der politischen Partizipation als die der aggressiven Distanz (so wie es dem „kleinen Mann“ sowieso keine Chance politischer Teilhabe gibt):

„Das ist 'n ganz kriminelles System, was wir hier haben.“

Diese Erfahrung wird mit naturgesetzlicher Gewißheit verbreitet und begründet längerfristig die Chance der an diesem Zerrüttungsprozeß nicht partizipierenden (unbefleckten) rechten Gruppen:

„Ich sehe die Sache annähernd so, wie sich das alles von 33 entwickelt hat. Die Zeichen, die heute in der Gesellschaft gesetzt sind, die deuten bereits alle wieder auf 'ne zweite Weimarer Republik hin. Der moralische Zerfall, der kulturelle Zerfall, die Dekadenz, nur noch verschwenderisch leben und so was, ja, bis, bis zur Wirtschaftskrise ... Und dann ... wenn ... wieder so ein Millionenheer von Arbeitslosen ist, ja, dann ist eben unsere Zeit gekommen ...“

Kampf als Prinzip

Die Wertmuster sind sozialdarwinistisch geprägt und werden von einem extremen Männlichkeitsbild bestimmt (Mädchen gelten „nur als halbe Personen“):

„Die Natur ist net für jeden geschaffen. Die ist also nur für den, der stärker ist, der den anderen besiegen kann. Das ist also 'n Kampf.“

Ein Neonazi geht davon aus, daß er und seine Gruppe dieser Erkenntnis entsprechen und daß sie demzufolge auch die richtige entprivatisierende Konsequenz ziehen:

„Wir (sehen) unseren Wert nicht so sehr an unserer Persönlichkeit, ja, in unserem Fleisch oder so ... , sondern ... in unserer Effektivität des Kampfes.“ — „Wir sind noch nicht so verweichlicht ... von diesem hier ... und wir wehren uns dagegen — wir ... denken noch normal, ja, und wir sind ein bißchen härter ...“

Deutschland und ein deutscher Nationalismus sind Bezugspunkte dieser Kampfeshaltung. Daraus ergeben sich ein manifester Antiamerikanismus („Besatzer raus aus Deutschland“ — VSBD/PdA-Klebezettel), eine Revision des offiziellen Geschichtsbildes bzw. eine an Zügen des volkstümlichen NS-Bildes ansetzende positive Deutung des Nationalsozialismus¹⁷⁾

¹⁷⁾ Dazu Stichw. „Nationalsozialismus“ in: Martin Greiffenhagen u. a. (Hrsg.), Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1981, S. 257—260. — Vgl. auch den Abschnitt „Das Geschichtsbild“ in dieser Arbeit.

und eine entschiedene Ablehnung ausländischer Arbeitnehmer.

Die Bewertung der USA trägt, überhöht auf der Ebene zwischenstaatlicher Beziehungen, dieselben Züge wie die Kritiken der eigenen Regierung. Demgegenüber veranschaulicht die Ausländerkritik die rassistische Komponente des politisch-sozialen Weltverständnisses, die vertraute Komponente des „Deutschtums“ droht durch „Überfremdung“ verdrängt zu werden:

„Deutschland (W) — ein Einwanderungsland? Nein! Daher Ausländer einschließlich Sozialasylanten sofort zurück in die Heimatländer! Deutschland den Deutschen“ (Aufkleber der NPD/Junge Nationaldemokraten [JN], Weinheim).

In diesem Punkt entdecken jugendliche Rechtsextremisten am ehesten, daß ihre Anschauung breiten Teilen der Bevölkerung entspricht (verwundert, und um dem Vorwurf des agitatorischen Hetzers zuvorzukommen, betont ein junger Nationaldemokrat, daß „die hier ... im Betrieb“ „jeden Morgen“ auf Ausländer schimpfen, „ohne daß ich irgend etwas dazu getan habe“).

Für diese Position der Wiederherstellung nationaler Identität, die nach außen abgegrenzt ist und nach innen ausgrenzt, werden materielle Motive angeführt („Wir haben ja selbst keine Arbeitsplätze ... wir haben noch die Fremdarbeiter drin. Wir haben selbst Arbeitslose und dann zusätzlich jetzt noch damit belasten. Also, ist mir ja unverständlich“); aber sowohl ein Neonazi wie ein JN-Mitglied betonen vorrangig das Prinzipienhafte ihrer Ausländerkritik:

„Ein Afghanistaner kann kein Deutscher werden. Ein Neger kann nicht weiß werden. Ein Apfel kann keine Birne werden.“

„Das wär' völliger Quatsch durch Papier umschreiben. Irgendwie, jetzt versuchen, die Rasse zu ändern ...“

Angehörige neonazistischer Gruppen überhöhen dieses politische Prinzip zu einem klaren Feindbild, das auch auf die Gefahr der zionistischen Weltverschwörungen verweist:

„Das ist ja auch das Ziel unserer Gegner, ... die Rassen miteinander zu vermischen ... jede Reinrassigkeit ... zu zerstören. So tut man das ganze Volk zersetzen. Und weiß ich, 'n Türke wird net gegen die Mauer kämpfen ...“

„Das hat jetzt mit Antisemitismus nichts zu tun. Ich hab also nichts gegen den Juden, der

irgendwo in Palästina seine Orangen pflanzt. Ich hab also nur was gegen Juden, die also Politik machen, um andere Völker zu zerstören und sich selbst zum Herren der Welt machen. Das ist also in dem Augenblick das Problem Nummer Eins. Und auch, daß diese Teile innerhalb des Judentums bekämpft werden müssen, allein aus Selbsterhaltungstrieb."

Traditionelle Wertmaßstäbe

Im Gegensatz zu linken Gruppen, denen aber auch im Unterschied zum „rechten Lager“ zahlreiche Mädchen und junge Frauen sowie formal besser gebildete Mitglieder angehören, halten Rechtsextremisten an traditionellen „kleinbürgerlichen“ Wertvorstellungen fest. Dies gilt insbesondere für Sexualmoral, Ehe, Familie, Autorität, wie für die Arbeitsmoral mit Tugenden wie Leistung, Ordnung, Pünktlichkeit, Sauberkeit.

Es wird darauf hingewiesen, daß diese Normen zwar viele Reden bestimmen, daß sie aber in der bundesrepublikanischen Realität bedroht sind. Radikale politische Aktivitäten werden als notwendig hingestellt, um diesem normativen Gemeingut wieder eine gesellschaftlich prägende Wirkung zu verleihen.

Feindbilder

„Der Kommunismus (ist) der Todfeind der Menschheit“ und „mein Hauptfeind“. Diese Annahme durchzieht die Vorstellungswelt eines 1957 in der DDR geborenen und dort aufgewachsenen Mitglieds einer neonazistischen Gruppe. In diesem Feindbild vereinigen sich alle bedrohlichen Kräfte der Gegenwart, die bewußt oder unbewußt alle für den Sieg des Kommunismus arbeiten.

Während man für alle etablierten politischen Parteien und deren angepaßte Anhänger nur Verachtung übrig hat, gelten alle Energien und aller insgeheime Respekt dem kommunistischen Feind, denn es handelt sich um das entgegenstehende idealistische und kämpferische Prinzip. Beide, Linke wie Rechte, sind bemüht, „das Volk hinter sich zu bringen“, zwischen beiden entbrennt also der entscheidende Kampf, dem sich alle Nebenschauplätze unterordnen.

Ein Mitglied einer neonazistischen Organisation bringt alle Komponenten dieses Feindbildes deutlich zum Ausdruck:

„Die (Kommunisten, E. H.) sind ja für mich Menschen, die meiner Meinung nach wertvoller sind als das Heer der Namenlosen, die

Mitläufer und so ... Trotzdem muß man die bekämpfen. Das ist wieder das Gesetz des Stärkeren. Die haben 'ne Idee, die ist gut, in gewisser Weise, aber ... meine Idee ist besser, deswegen muß ich sie vernichten, um das Heer der Mitläufer zu gewinnen ... Furchtbar grausam ist das."

Diese Beschreibung des Kampfes zweier opponierender, sich wechselseitig ausschließender idealistischer Prinzipien bezieht sich mehr auf den kommunistischen einzelnen, weniger auf die Organisationen; nicht-individualisierbare „Rote“ sind „Verbrecher“, am deutlichsten vergleichen sich rechtsextremistische Jugendliche vom Wert des idealistischen Kämpfers her mit „Anarchisten“ und „Einzelkämpfern“.

Ziele

Während die handlungsorientierten Feindbilder deutliche und teilweise auch erfahrungsbestimmte Züge tragen, bleiben die Zielvorstellungen unscharf. Zwar reduziert sich die Wirklichkeit auf „eins“, nämlich „für diese Sache des nationalen, nationalen Sozialismus zu kämpfen“, zwar ist dieser Kampf präzise zu beschreiben, aber die Ziele „Volksgemeinschaft“ und „starker Staat“ oder der „dritte Weg“ gegen Ausbeutung, Verplanung, Verfremdung und Entmündigung der Menschen durch Kapitalismus und Kommunismus“ (JN-Flugblatt) bleiben unbestimmt, bleiben abstrakte Titel.

Eher schon haben die historisch beschlagenen Jugendlichen, die sich an die Ermordung Röhm's und G. Strassers und an die gewaltsame Stellung der „zweiten Revolution“ erinnern, Probleme, welche Rolle sie, die sich an der historischen SA orientieren, im neuen Dritten Reich spielen können. Bedrohlich kündigt sich an, daß der politische Kampf Bedingungen schaffen kann, bzw. nach dem Sieg Qualifikationen verlangt, die man gegenwärtig systematisch aufgibt.

Den Ersatz der Berufsrolle durch die politische Berufung, die Zukunftsaussichten und den entsprechenden Zielkonflikt spricht ein Mitglied einer neonazistischen Gruppe folgendermaßen an:

„Da wir nur so wenig sind, ist es für uns am besten, wenn wir nicht unsere Kraft in guten Arbeitsleistungen vergeuden..., sondern daß wir ... unsere Kraft darauf spezialisieren eben für den ideologischen Kampf und für den Parteikampf.“ — „Wenn wir an der Macht wären, dann würden wir natürlich ... wenn wir nicht, sagen wir mal, politische Führer bleiben. Wie

aber unsere Idee ist, an der Macht würden wir natürlich unseren Kampf in guter Art ... eh, in unserem Beruf sehen ..."

Die Bestimmung des Zielwerts wird durch derartige heraufdämmernde Konflikte behindert. Sie beschränkt sich auf die Beschwörung der volkstümlichen NS-Legende. „Das Gute, was früher vorhanden war“, was beispielsweise die Großväter erlebt haben, und heute noch beschwören, solle wieder zum Leben erweckt werden:

„Man denke an die Organisierung der Jugend, an Reichsarbeitsdienst und Deutsche Arbeitsfront, an so Aktionen wie ‚Kraft durch Freude‘ und ‚Schönheit der Arbeit‘ und so weiter, die also damals doch recht positiven Anklang in der Bevölkerung gefunden haben, die man also rein vom Traditionellen her durchaus wieder verantworten kann.“

Anders als extrem linke Gruppierungen lehnen die Rechten den Staat an sich nicht ab, als „Volksstaat“ soll er lediglich so reformiert werden, daß er solchen Zielsetzungen entspricht:

„Während in einer parlamentarischen Demokratie Volksteile immer gegeneinander arbeiten, ja, in einzelne Parteien zerstückelt das Volk ist oder in Klassen aufgeteilt ist, die gegeneinander arbeiten, (soll) der Sozialismus (als Teil des Nationalsozialismus, E. H.) das Volk zusammenschweißen zu einer Volksgemeinschaft.“

Das Geschichtsbild

Das reformistische Staatsideal und die NS-Reminiszenzen verweisen als Zielsetzungen auf die Revision des NS-Geschichtsverständnisses. Diese Seite des Deutungsmusters ist ebenso wie die Handlungsorientierung über Feindbilder deutlicher und wiederum erfahrungsgeprägt ausgebildet, beeinflusst sie doch

in Schule und Öffentlichkeit sehr stark die politische Sozialisation der Jugendlichen:

Neonazistische Jugendliche wollen den wahren Nationalsozialismus realisieren (denn „der wichtigste Punkt im Parteiprogramm, die Brechung der Zinsknechtschaft, (ist) gar nicht gelaufen“); auch Junge Nationaldemokraten distanzieren sich vom „Nationalsozialismus, wie er bis 45 existiert hat“. Beiden Gruppierungen ist gemeinsam, daß sie die am historischen Faschismus betriebene „Geschichtsfälschung“, ebenso wie den „Umkehrfaschismus“ (G. Deckert, NPD) der Umerziehung, also das offizielle NS-Bild, ablehnen. Dahinter steht der „Stolz ... auf unsere Geschichte“, wie ein vormaliges ANS-Mitglied diese Bemühungen um das Wiedererstarken einer historisch begründeten deutschen Identität ausdrückt.

Selbst wenn die Jugendlichen weder direkt betroffen noch beteiligt sind, so rückt die „Ausschwitz-Lüge“ bzw. die Kritik der „eingebildeten Schlächtereie“ oder der „unverschämten Phantasie über 6 Millionen“ ins Zentrum ihrer als Gegenauklärung verstandenen Geschichtspropaganda. Sie begreifen, daß dieser Teil des weltweit herrschenden NS-Verständnisses ihre eigene Moral und Ausstrahlungskraft untergräbt:

„Das ist der Hauptdrehpunkt ... Genau so wichtig wie unsere Feinde das aufbauen, diesen Punkt, genau so wichtig ist er denen, und genau so müssen wir dagegen ankämpfen. Darum dreht sich das alles ... daß (man) nämlich ... erstmal unsere Väter als Verbrecher hinstellt, und zweitens unsere Weltanschauung als Verbrechen hingestellt wird. Das, das ist ja eben das allerwichtigste hier mit den 6 Millionen und so.“ — „Wir wollen mit unserer Weltanschauung ... Deutschland wieder verbessern, Deutschland wieder zu dem machen, was es sein soll ... Aber unsere Weltanschauung, die wird angegriffen durch solche Lügen wie die 6-Millionen-Lüge, ja, das ist mir ganz klar, ja, ganz logisch.“

Erklärungsgründe des jugendlichen Rechtsextremismus: Relative Deprivation und Adoleszenzkrise

Den bisherigen Kenntnisstand zur Motivation rechtsextremistisch eingestellter Jugendlicher faßt in knapper Form die SINUS-Studie zusammen. Es wird festgestellt, „daß weder individualpsychologische noch sozialstrukturelle Ursachenmuster für sich alleine die Aus-

formung rechtsextremer Einstellungen bedingen, sondern ein — individuell jeweils verschiedenes — Zusammenwirken.“ — „Bei den Jugendlichen führen ein autoritäres Elternhaus, eine kleinstädtisch-konservative Umwelt, Jugendarbeitslosigkeit, geringes Bil-

dungsniveau und Systempessimismus nicht notwendigerweise zum Rechtsextremismus... Auslöser für die Herausbildung rechtsextremer Einstellungen bei Jugendlichen ist fast immer das Zusammentreffen objektiver sozialer und ökonomischer Schwierigkeiten mit persönlichkeitspsychologischen Defekten und ‚greifbaren‘ rechtsextremen ‚Lösungsangeboten‘.¹⁸⁾

Dieser Kenntnisstand ist unzureichend. 1. Die soziopolitischen Ursprünge und Begleitumstände für die Zuwendung Jugendlicher zum Rechtsextremismus werden ebensowenig bestimmt wie 2. die Beziehung zwischen Psychologie und Politik bzw. Gesellschaft, wie 3. die Problemfelder, an denen sich a) Unzufriedenheit entzündet, in denen b) entsprechende Protestaktionen artikuliert werden, die c) zur Ausbildung von Handlungsperspektiven führen, die sich an der Vergangenheit eines verklärten Nationalsozialismus orientieren.

An diesen Erklärungsdefiziten setzt die Untersuchung an. Durch Verbindung der Fragen nach Ursprung, Umfang und Politisierung von relativer Deprivation und den aus der Sicht von Reifungskrisen rekonstruierten Karrieren jugendlicher Rechtsextremisten soll die Parallelität individueller und sozialer, psychologischer und politischer Aspekte sichergestellt werden.

Relative Deprivation bezeichnet dabei „die Diskrepanz zwischen Werterwartungen und Wertverwirklichungschancen“¹⁹⁾. Nach der vorangegangenen längeren, günstigen Wirtschaftsentwicklung löst die gegenwärtige umfassende Krise die Unzufriedenheit aus, die als die wahrgenommene Schere von drängenden aktuellen Problemen und unzureichenden Lösungsversuchen am Beginn der rechtsextremistischen Politisierung steht. Typisch ist, daß diese Protesthaltung von Anfang an Züge einer öffentlichkeitsbezogenen und kollektiven Sozialkritik und Politikerschelte trägt; es ist kein individualisierender Hinweis auf solche Gratifikationen und Normen, die dem Selbstverständnis der soziopolitischen Ordnung entsprechen, aber in der Realität verkümmern bzw. nur sehr unvollkommen einzulösen sind. Dieser übers Individuum hinausgehende Verweis auf Politik und Gemeinschaft begründet im Fall rechtsextremistischer Jugendlicher den einfachen und schnellen Übergang von re-

lativer Deprivation (Meinung) zu politisch-sozialem Protest (Verhalten).

Das Gesellschaftsbild und Politikverständnis dieser Jugendlichen ist das einer aggressiven Distanz, weil, ihrem Verständnis zufolge, keine Perspektiven der immanenten Aufwertung und Neubestimmung dieses Systems bestehen. Es handelt sich bei diesem Übergang von relativer Deprivation zur politisch-sozialen Protesthaltung um *einen* Ausdruck politischer Entfremdung²⁰⁾, die auch andere Formen des Jugendprotests bestimmt und in je spezifischer Ausprägung bedingt.

Jugendliche in rechtsextremistischen Gruppen stellen ihr politisches Leben selbst als zielgerichtete Karriere dar. Sie stilisieren die konkrete Mannigfaltigkeit und Zufälligkeit ihres Lebenslaufes, um das, was sie sind (z. B. ein „Kämpfer für Deutschland“), als notwendiges und konsistentes Produkt ihrer Erfahrungen, Entscheidungen und Sinngebungsversuche erscheinen zu lassen.

Karriere bezeichnet keine notwendigerweise zwangsläufig und eindimensional-direkt verlaufende Entwicklungslinie, sondern stellt die gegenwärtig über Aktivitäten definierte Summe persönlich-sachlicher Konstellationen und Figuretionen von Momenten eines politischen Sozialisationsprozesses dar.

Karriere bezeichnet — aus der Sicht des Forschers — diejenige gedankliche Rekonstruktionslinie, die dieses gegenwärtige Verhalten hervorgebracht hat; seitens des Interviewten, der (in Ausschnitten und in der eigenen Version) als Gesprächspartner über seine Aktivitäten, über deren Ausprägungen, Strategien, Perspektiven und Ursprünge berichtet, bezeichnet sie jenen „roten Faden“ bzw. jene Sinnhaftigkeit, die der Abfolge von Entwicklungsstadien der eigenen politischen Biographie unterlegt wird.¹

Die Meinungsdimension ‚relative Deprivation‘ verhärtet sich deshalb zu einer rechtsextremistischen Karriere, weil mit einer überdurchschnittlich schweren Adoleszenzkrise, also einem stark problemhaften Reifungsprozeß beim Übergang zur Erwachsenenrolle, ein weiterer Auslösefaktor eine bestimmende Rolle im Leben jugendlicher Rechtsextremisten spielt. Konflikte im Elternhaus, Erziehungsschwierigkeiten, Schulprobleme, Arbeitsplatz- und Lehrstellenprobleme, soziale Isolation und Probleme beim Umgang mit dem anderen

¹⁸⁾ Sinus-Studie 1981, a. a. O., S. 102; Sinus-Studie Oktober 1979, a. a. O., S. 19.

¹⁹⁾ So die an Ted Gurr angelehnte Definition in: Politischer Protest in der sozialwissenschaftlichen Literatur, Stuttgart u. a. 1978, S. 67.

²⁰⁾ Vgl. die Stichworte „Anomie“, „Entfremdung“, „Radikalismus“, „Wertwandel“ in: Handwörterbuch zur politischen Kultur, a. a. O.

Geschlecht bestimmten die Jugendphase und den Übertritt in die Erwachsenenrolle. Erschwerend kommt hinzu, daß diese Konflikte nur selten allein auftreten.

Es zeigt sich, daß rechtsextremistische Jugendliche durchaus übliche Probleme der Reife- und Jugendphase durchleben. Allerdings tauchen diese Probleme in dieser Gruppe überdurchschnittlich häufig und zumeist miteinander verflochten auf. In Verbindung mit der sich früh (im Alter von etwa 15 Jahren) herausbildenden politischen Orientierung und entsprechenden

Deprivationserfahrungen führt die Verarbeitung dieser Konflikte der Adoleszenz zur immer stärkeren Verfestigung einer rechtsextremistischen Karriere.

Die folgenden Angaben beziehen sich auf 42 straffällig gewordene Jugendliche, die wegen unterschiedlicher Delikte (von Volksverhetzung bis zum Rechtsterrorismus) verurteilt worden sind. 74% dieser Jugendlichen sind bis zu 23 Jahre alt.

Die Auswertung der Gerichtsurteile aus den Jahren 1978 bis 1980 ergibt folgendes Bild:

1. In 42 Gerichtsbiographien werden folgende Familien- bzw. Erziehungsverhältnisse erwähnt:

	N	%
Scheidung	11	26,2
Alleinerziehung durch Vater oder Mutter	11	26,2
aufgewachsen bei den Großeltern	4	9,5
Heimaufenthalt	7	16,7

2. Schulabschluß (N = 42)

	N	%
Volks-/Hauptschule	27	64,2
mittlere Reife	5	11,9
Abitur	6	14,3
ohne Schulabschluß	2	4,8
noch in Schulausbildung	2	4,8

3. Die Schulkarriere weist (bei einer Fallzahl von N = 42) in 10 Fällen schwere Probleme

(bes. Nicht-Versetzung und Schulabstufung auf.

4. Beruflicher Werdegang (N = 42)

	N	%
Lehre erfolgreich abgeschlossen	12	28,5
Lehrverhältnis	10	23,8
sonst. Ausbildungsverhältnisse ohne Lehrabschluß	3	7,1
	17	40,5

5. Konflikte im beruflichen Werdegang (N = 42) Von 42 Jugendlichen

	N	%
— sind zeitweise arbeitslos	13	31
— haben eine Lehre abgebrochen	13	31

Insgesamt sind 20 Jugendliche (47,6%) entweder arbeitslos oder haben ihre Lehre abgebrochen.

Schematischer Verlauf einer rechtsextremistischen Karriere

Alter (ungef.)	Krisenbereich, Konfliktfeld	Orientierung, Teilhabe an Organisationen
	gestörtes Elternhaus	national, konservativ, privatistisch
14 (ff.)	Schulkrise	öffentliches Fragen, erste Stigmatisierungen
15	Probleme mit dem anderen Geschlechte	peer groups, männerbündische Kameradschaft
17	Beruf, Arbeitslosigkeit	Minderwertigkeit, in group-Orientierung
	Stigmatisierung, Auffälligkeit im Alltag	Abschluß der kurzen Orientierungsphase, Beginn der Radikalisierung von „weichen“ zu „harten“ Organisationen
18	Polizei, Justiz	„politisches Soldatentum“, Abbruch bürgerlicher Karrieremuster

Relative Deprivation, politische Entfremdung und Adolezenskrise reichen für sich allein nicht aus, um rechtsextremistisches Verhalten oder gar um eine ebensolche Militanz zu begründen. Wichtig ist die Kumulation, aber auch weitere Einflußgrößen, die aus der Analyse von Karrieren rechtsextremistischer Ju-

gendlicher gewonnen werden. Es ergibt sich dann das Bild einer differenzierten rechtsextremistischen Karriere (angesichts der geringen Fallzahl können jedoch individuelle Zufälligkeiten ein übergroßes Gewicht bekommen); das Schema einer rechtsextremistischen Karriere gewinnt an Konturen.

Rechtsextremistische Karrieren von Jugendlichen

Eine rechtsextremistische Karriere durchläuft mehrere Stufen der Verdichtung und Verfestigung. Dabei werden hier folgende Phasen unterschieden:

— Die *Ausbildungsphase* der orientierenden Parameter bzw. des konservativ-autoritären und nationalistischen „bias“ steht am Anfang.

— Es folgt die *Orientierungsphase*, in der diejenige Organisation gesucht/ausgefiltert wird, der man sich zuneigt; zum Abschluß dieser Phase ist der Entschluß zum Eintritt gereift.

— Die *Initiation*, der Eintritt in eine Organisation, ist verbunden mit der Bereitschaft, die äußeren Kennzeichen, das Sprachverhalten und das Programm der ausgewählten Organisation zu übernehmen.

— Vielfach geht der Initiation die *Zugehörigkeit zur rechten Szene* voraus. Möglich ist die Beteiligung an informellen Gruppen (z. B. in Schulen, auf Spielplätzen, in Kneipen/Treffpunkten), die zur Perfektionierung der Mitgliedsrolle oder zum „Aussteigen“ nach Kennenlernen führen kann.

— Der Initiation folgt die *Mitgliedschaft*, die sich durch die sichtbare Abgrenzung und einen auf Gesellschaft und Staat bezogenen Änderungswillen auszeichnet.

Nach dem Grad des *Rigorismus* und der *Radikalisierung* kann die Mitgliedsrolle weiter ausdifferenziert werden. Gewaltakzeptanz und Totalitätsperspektive der Mitgliedschaft gegenüber alternativen Entwürfen einer „bürgerlichen Existenz“ sind diejenigen Merkmale, die darauf hinweisen, wie sehr das Mitglied durch praktisches Verhalten dokumentiert, die Ansprüche der rechtsextremistischen Organisationen und Strategien zu übernehmen und als Leitlinie eines mehr und mehr entindividualisierten asketischen Lebens zu akzeptieren.

Bezüglich der Mitgliedschaft kann zwischen Führern, Mitläufern, Aktivisten, Militanten

und Außenseitern/„underdogs“ unterschieden werden.

Herkunft und Vorpprägung

Die (fast ausschließlich männlichen) Jugendlichen in militant rechtsextremistischen Gruppen stammen überwiegend aus dem unteren Bereich der Mittelschicht (Facharbeiter und vergleichbares soziales Niveau). Sie haben überwiegend einen einfachen bis mittleren Bildungsstand.

Die Erziehungsberechtigten sind von konventionellen „bürgerlichen“ Vorstellungen geprägt. Häufig wird betont, daß der Horizont der Eltern durch eine rein materielle Konsumorientierung begrenzt sei. Die Eltern sind entweder völlig unpolitisch oder vertreten ohne besondere politische Aktivität Standpunkte des rechten bis nationalliberalen Spektrums im Rahmen der etablierten politischen Parteien (einschließlich von Mitgliedschaften in der SPD und den Gewerkschaften). Charakteristisch sind daher weder betont rechtsextremistische noch betont „progressive“ und „linke“ Elternhäuser.

Orientierungsphase

Ausgehend von einer gewissen, eher nach „rechts“ tendierenden Vorpprägung gibt es dennoch eine Phase, in der relativ offen nach Orientierung und Anschluß gesucht wird. Auf Dauer nicht beständige Anschlußversuche an andere Jugendaktivitäten (Disco, Schülermitverwaltung, Leistungssport, linke Gruppen) werden schließlich durch Kontakte zu rechtsextremistischen Gruppen abgelöst.

In dieser Periode sind vor allem folgende Faktoren wirksam:

— Die Jugendlichen erfahren Diskrepanzen zwischen dem offiziellen, durch Schule und

Medien vermittelten Geschichtsbild der Nazizeit und den Berichten von Angehörigen der Großelterngeneration, die diese Zeit miterlebt haben und zu einer die negativen Seiten verdrängenden oder beschönigenden Darstellung neigen.

— Die offizielle Geschichtsdarstellung wird als kränkend empfunden, weil sie Großeltern und Eltern der Jugendlichen entweder in die Rolle von Statisten (Objekten der Hitler-Demagogie) oder von Mitverantwortlichen an Verbrechen (Angriffskrieg und Ermordung von Juden) zuweist.

— Wenn die Jugendlichen beginnen, rehabilitierende Äußerungen über die Nazizeit aufzunehmen, erfahren sie oft keine politisch argumentative Auseinandersetzung. Die Angehörigen der Elterngeneration reagieren entweder gereizt und feindselig oder ausweichend und halbherzig widersprechend.

— Nicht selten ist aber auch ein zunächst unpolitischer Einstieg über Interesse an Kriegsabenteuern, Militärflugzeugen, Waffen u.ä. Hierdurch öffnet sich ein Zugang zu rechtsextremistischen Kreisen (organisierende Rolle von Altnazis und/oder Waffenzirkeln sowie Wehrsportgruppen).

— Anziehend wirkt auch das Gemeinschaftserlebnis der Gruppen (namentlich bei Jugendlichen, denen es sonst schwer fällt, Anschluß bei Gleichaltrigen zu finden). In solchen Fällen zeigt sich ein großes Geschick rechtsextremistischer Gruppen, Kontakte herzustellen.

Zugehörigkeit zur „rechten Szene“ und Eintritt in rechtsextremistische Organisationen

Häufig steht vor dem eigentlichen Eintritt in die Gruppe eine informelle Zugehörigkeit zur „rechten Szene“: Man besucht Treffpunkte rechtsextremistischer Jugendlicher usw.

Ausblick und Folgerungen

„Am wichtigsten scheint es uns zu sein, daß wir Rocker, Rowdys oder Terroristen ... nicht blindwütig als Gegner betrachten, die besser heute als morgen vernichtet werden, sondern in ihnen Menschen sehen, die außerhalb unserer gesellschaftlichen Norm stehen und durch

Der Eintritt bezeichnet den Zeitpunkt, von dem an die äußeren Kennzeichen, die Sprache und das Programm der Gruppe übernommen werden. Die Bindung an den Rechtsextremismus wird in diesem Stadium oft verstärkt durch die Reaktion der Umwelt (Stigmatisierung). Die Äußerung rechtsextremer Ansicht stößt in der Regel sofort auf heftige, feindselige Ablehnung durch politisch Andersdenkende und „offizielle“ Stellen. Eine argumentative Auseinandersetzung findet kaum statt. Dies führt zu einer Verhärtung der eigenen Position und zum noch stärkeren Anschluß an die Gleichgesinnten.

Entwicklung zum „politischen Kämpfer“

Nach fester Verwurzelung in der Gruppe besteht die Tendenz, andere soziale Bindungen nach und nach aufzugeben und nur noch dem militanten politischen Engagement zu leben.

Dieser Prozeß wird von den Leitern der Gruppen z. T. bewußt gesteuert und führt schließlich zur politisch motivierten Kriminalität. Der mit einer Freiheitsstrafe belegte Rechtsextremist sieht dann schließlich keine Möglichkeiten einer Rückkehr zur Normalität mehr, er empfindet seinen militanten Rechtsextremismus als unausweichliches Schicksal.

Wie weit dieser Prozeß fortgeschritten ist, läßt sich an der Gewaltakzeptanz und dem Verzicht auf Perspektiven einer bürgerlichen Existenz ablesen.

Häufig kommt es erst in dieser Phase, vermittelt über Reaktionen der Außenwelt (Polizei, Justiz, Lehrer, Nachbarn), zu ersten Konflikten mit den Eltern; denn diese zeigen sich gegenüber rechtsextremistischen Aktivitäten ihrer Kinder oft erstaunlich gleichgültig, solange sich keine Gefahren für das berufliche Fortkommen abzeichnen und die Schwelle zur Kriminalität nicht überschritten wird.

eine Fehlentwicklung, an der sie meist keine Schuld trifft, in die Sackgasse der Gewalt getrieben wurden.“

„Wenn nicht Verständnis, sondern Dogmen von beiden Seiten vorgebracht werden, stei-

gert sich die Aggressivität, und das unbewußte Motiv der Gewalttäter bleibt... verborgen.²¹⁾

Bezüglich des Potentials und des langsam-stetigen Anwachsens der Zahl jugendlicher Neonazis muß — etwa im Hinblick auf die quantitativen Befunde der SINUS-Studie — größtes Gewicht auf den Übergang von Meinungen zu Verhalten gelegt werden. Es gibt einzelne Gruppen — etwa im Umkreis der JN und der Nationalrevolutionäre —, die nicht den für neonazistische Gruppen charakteristischen totalen Bruch voraussetzen. Es muß untersucht werden, ob solche Gruppen mit niedrigerer Eingangsbarriere und einer weniger ausgeprägten Absage an übliche Formen der Jugendkultur größeren Zulauf haben.

Gegenmaßnahmen müssen auf der pädagogischen Ebene vor allem die volkstümliche NS-Legende in den Unterricht einbeziehen. Das unvermittelte Neben- und Gegeneinander der Faschismusbilder gilt es zu überwinden; vor allem muß die Massenhaftigkeit des Nationalsozialismus behandelt werden.

Pädagogische Gegenmaßnahmen können insbesondere während der Orientierungsphase wirksam werden, wenn sie an private Erfahrungen und die Problemfelder der Adoleszenzkrise anknüpfen. Als Forderung gilt, daß die Gegenstrategien der Binnendifferenzierung rechter Karrieren und Mitgliedsrollen (vgl. den Abschnitt „Rechtsextremistische Karrieren von Jugendlichen“ in dieser Arbeit) entsprechen sollten. In jedem Fall gilt es, Lehrern, Sozialarbeitern, Polizisten (Vernehmungsbeamten), Staatsanwälten und Richtern, die mit rechtsextremistischen Jugendlichen zusam-

mentreffen, eine kommunikative Kompetenz zu vermitteln, so daß sie mit Gruppenmitgliedern über das Verhältnis von politischen Zielen und gewaltsamen Mitteln diskutieren können. Auch der charakteristische Argumentationsstil mit seiner Verbindung analytischer und dogmatischer Passagen muß dieser Multiplikatorengruppe bekannt sein. Detaillierte historische Kenntnisse über den historischen Faschismus müssen ebenfalls vorhanden sein.

Verschärfte strafrechtliche Maßnahmen müssen mit Skepsis betrachtet werden. Ihre präventive Wirkung muß gering eingestuft werden, vielfach dienen sie nur der weiteren Verfestigung und Radikalisierung einer rechtsextremistischen Karriere.

Insofern jugendlicher Rechtsextremismus eine Erscheinungsform politischer Entfremdung ist, muß die Glaubhaftigkeit parlamentarischer Politik anwachsen. Insbesondere müssen folgende Problembereiche erkannt und politisch „gelöst“ werden:

— Schlechte Berufschancen für Jugendliche prägen weit über das bestimmbare Maß der Jugendarbeitslosigkeit hinaus die persönlichen Zukunftspläne junger Leute. Zum Teil trauen sich junge Leute nicht einmal das zu, was sie tatsächlich erreichen könnten.

— Die politischen Parteien und ihre Jugendorganisationen sind für die überwiegende Zahl der jungen Leute nicht attraktiv. Nur eine Minderheit interessiert sich für sie.

— Jugendliche kommen mit der Freizeit — z. T. ist sie unfreiwillig durch Arbeitslosigkeit erworben — nicht zurecht. Es fehlen als sinnvoll empfundene Freizeitangebote, Räume und Bezugspersonen.

— An die Stelle traditioneller, durch Religion und gesellschaftlichen Konsens vermittelter Werte tritt mehr und mehr ein Vakuum von Orientierungslosigkeit.

— Familiäre Sozialisationsinstanzen sind zunehmend weniger in der Lage, den Jugendlichen in ihrer adoleszenten Krise, bei ihrer Suche nach Orientierungen und Positionen in der Erwachsenenwelt zu helfen.

²¹⁾ Der folgende Abschnitt kann deshalb knapp gehalten werden, weil mit dem Beitrag „Rechtsextremistische Karrieren von Jugendlichen in der Bundesrepublik“ (in: Auseinandersetzung mit dem Terrorismus — Möglichkeiten der politischen Bildungsarbeit, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, Referat Öffentlichkeitsarbeit gegen Terrorismus, Bonn 1981, S. 75—107) bereits eine durch fünf Biographien konkretisierte Zusammenfassung vorliegt.

²¹⁾ Zit. aus: Wolfgang Salewski, Peter Lanz, Die neue Gewalt und wie man ihr begegnet, Locarno/Zürich 1978, S. 213, 215.

Hans-Gerd Jaschke: Gewalt von rechts vor und nach Hitler

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 23/82, S. 3—21

Der gegenwärtig viel diskutierte Terrorismus von rechts in der Bundesrepublik wird auf seine historischen Vorläufer seit 1918/19 hin befragt. Dabei lassen sich mehrere Organisationsprinzipien der Gewalt von rechts nachzeichnen: Attentate, Putschismus und der von der SA geprägte „Kampf um die Straße“ sind die dominierenden Erscheinungsformen in der Weimarer Republik. Nach der Erfahrung des Nationalsozialismus als institutionalisiertem Terrorsystem von rechts gibt es in der Bundesrepublik 1959/60 wieder Anzeichen rechter Gewalt: Die antisemitischen Ausschreitungen waren gekennzeichnet von provokativen Formen der Gewalt. Die Aktivitäten des NPD-Ordnerdienstes 1968/69 und die neonazistischen Gewalttätigkeiten nach 1975 werden als radikalisierte Formen rechtsextremer Militanz interpretiert, die sich in je spezifischer Weise auf die historischen Vorläufer beziehen.

Im zweiten Teil werden die derzeit gebräuchlichen Ansatzpunkte zur Analyse rechtsextremer Gewalt überblickshaft vorgestellt und auf ihre Aussagenreichweite hin überprüft, wobei einige Untersuchungen zum Linksterrorismus einbezogen werden. Das Fazit plädiert für eine Neubetrachtung des (Rechts-)Terrorismusproblems: Nicht die isolierte Aktion, sondern das wechselseitige Zusammenspiel von terroristischen Handlungen, Reaktionen des Staates, der Bevölkerung und des kulturellen Systems ist zu einem Strukturproblem in der Terrorismus-Frage geworden. Dieses Wechselspiel, interpretiert als Interaktionssystem, bedarf verstärkter Aufmerksamkeit.

Eike Hennig: Neonazistische Militanz und Rechtsextremismus unter Jugendlichen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 23/82, S. 23—37

Seit Mitte der siebziger Jahre vollzieht sich im organisierten Rechtsextremismus ein Generationenwechsel: Die Anzahl der Jugendlichen und Heranwachsenden nimmt relativ zu und prägt insbesondere die militante Erscheinungsform, die für die letzten Jahre — bis hin zum Rechtsterrorismus — typisch geworden ist. Es muß entschieden darauf hingewiesen werden, daß es nicht mehr um die „Ewig-Gestrigen“ geht, wenn die Trägergruppen rechtsextremistischer und insbesondere neonazistischer Gruppen und Politik bestimmt werden sollen.

An diesem Punkt setzt ein vom Bundesminister des Innern kostendeckend unterstütztes Forschungsprojekt ein, dessen Feldforschung vom Dezember 1979 bis März 1981 durchgeführt worden ist. Mit Mitteln qualitativer Sozialforschung (insbesondere offener Interviews) ist versucht worden, die Frage: „Warum schließen sich in der Bundesrepublik aufgewachsene Jugendliche rechtsextremistischen Gruppen an?“ zu beantworten. Es galt, die Deutungsmuster und Karrieren jugendlicher und heranwachsender Mitglieder rechtsextremistischer Gruppen zu erforschen und darzustellen.

Der Bericht über dieses Forschungsprojekt stellt die wichtigsten Ergebnisse vor. Er interpretiert den von Jugendlichen getragenen organisierten und militanten Rechtsextremismus als *Teil* der aktuellen Protestbewegungen und als *ein* Ausdruck der Entfremdung vom politisch-sozialen System der Bundesrepublik Deutschland. In dieser Beziehung ist der Bericht bemüht, einige entscheidende Defizite der politischen Kultur und der öffentlichen Darstellung von Politik in der Bundesrepublik zu benennen, an denen sich der Protest der Jugendlichen in rechtsextremistischen Gruppen entzündet.

Der vollständige Forschungsbericht erscheint 1982 im Westdeutschen Verlag (Opladen) unter dem Titel: Rechtsextremismus und Jugend in der Bundesrepublik Deutschland.